

*Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten*

*Kulturpolitische Sektion*



**Bertha von Suttner.**

**Ein Leben für den Frieden**

## **Inhaltsverzeichnis**

Vorwort: Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten Ursula Plassnik

Bertha von Suttner-Projekte im Ausland

Zum Geleit: Bundeskanzler Wolfgang Schäussel

*Internationales Festsymposium aus Anlass 100 Jahre Friedensnobelpreis an Bertha von Suttner (5. Dezember 2005, Diplomatische Akademie Wien)*

- Jiri Grusa: Begrüßung
- Johannes Kyrle: Eröffnung
- Maria Rauch-Kallat: Eröffnung
- Brigitte Hamann: Festrede: Bertha von Suttner. A Life for Peace
- Colin Archer: Disarmament for Development and other Challenges in Contemporary Peace-Making
- Ruth-Gaby Vermot-Mangold: Frauen für Frauen
- Fadila Memišević: Mit der Wahrheit zur Versöhnung
- Dana Němcova: Das Bild der Menschenrechte vor 1989 und danach
- Heinrich Neisser: Rechtsstaat und Menschenrechte: Grundlagen der Demokratie

Die Vortragenden

## Vorwort

"Die Waffen nieder" – dieser Titel des berühmtesten Romans Bertha von Suttners war zugleich Programm und wichtigstes Lebensziel dieser bemerkenswerten Frau. Im Jahr 2006 feiern wir den hundertsten Jahrestag der Verleihung des Friedensnobelpreises an Bertha von Suttner. Es ist dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, an ihr Werk zu erinnern und sich damit auseinander zu setzen.

Bertha von Suttner war nicht nur die erste Frau, die den Friedensnobelpreis erhielt, sie war es auch, die ihren Freund und Gönner Alfred Nobel zur Stiftung des Friedensnobelpreises inspirierte.

Als Schriftstellerin und Vortragende war Bertha von Suttner die Galionsfigur einer weltweiten Friedensbewegung. Entgegen dem Trend ihrer Zeit stellte sie sich unbeirrbar gegen nationalen Fanatismus, gegen aggressive Parolen von Kriegstreibern, Hasspredigern und Antisemiten. Sie erkannte die zerstörerische Kraft dieser Ideologien und meinte prophetisch: "Der nächste Krieg wird von einer Furchtbarkeit sein wie noch keiner seiner Vorgänger".

Bertha von Suttner blieb es erspart, die zerstörerischen Weltkriege des 20. Jahrhunderts mitzuerleben. Wir, die wir um die Erfahrung dieser fürchterlichen Kriege wissen, haben die Aufgabe, uns an von Suttners Lebenswerk zu erinnern und es weiter zu tragen.

Ganz im Geiste Bertha von Suttners ist der österreichischen Außenpolitik der Einsatz für Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte in aller Welt ein großes Anliegen. Denn dauerhafter Frieden und Sicherheit sind nur dort möglich, wo Menschenrechte garantiert sind. Deshalb freut es mich auch ganz besonders, dass mit 1. Januar 2007 aus der gegenwärtigen Wiener Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit die EU-Agentur für Menschenrechte entstehen und ihre Tätigkeit aufnehmen wird.

Dr. Ursula Plassnik

## **Bertha von Suttner-Projekte im Ausland**

*Dokumentationsausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“*

Anlässlich des Jubiläums 100 Jahre Verleihung des Friedensnobelpreises an Bertha von Suttner wurde seitens der kulturpolitischen Sektion des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten eine Dokumentationsausstellung in Auftrag gegeben, die sich dem Lebenswerk Bertha von Suttners widmet, die Privatsekretärin Alfred Nobels, Verfasserin des Romans „Die Waffen nieder“ und Gründerin der Österreichischen Friedensgesellschaft war. Konzipiert wurde die Ausstellung von Georg Hamann, der aus dem umfangreichen Privatarchiv seiner Mutter, Historikerin und Suttner-Biografin Brigitte Hamann schöpfen konnte.

Die Ausstellung ist in zwölf verschiedensprachigen Sets vorhanden:

- zwei deutsch-englische Sets (im Besitz der kulturpolitischen Sektion des Bundesministeriums für auswärtige)
- ein deutsch-georgisches Set (im Besitz der Österreichischen Botschaft für Georgien)
- ein deutsch-polnisches Set (im Besitz der Österreichischen Kulturforen Warschau und Krakau)
- ein deutsch-tschechisches Set (im Besitz des Österreichischen Kulturforums Prag)
- ein norwegisch-englisches Set (derzeit im Besitz der Österreichischen Botschaft Oslo; anschließend Dauerleihgabe ans Nobel Friedenszentrum Oslo)
- ein englisch-französisches Set (derzeit im Besitz der Österreichischen Vertretung Genf beim Büro der Vereinten Nationen; anschließend Dauerleihgabe ans International Peace Bureau)
- ein deutsch-bulgarisches Set (im Besitz der Österreichischen Botschaft Sofia)
- ein deutsch-slowakisches Set (im Besitz des Österreichischen Kulturforums Bratislava)
- ein deutsch-russisches Set (im Besitz des Österreichischen Kulturforums Moskau)
- ein deutsch-italienisches Set (im Besitz des Österreichischen Kulturforums Mailand)
- ein deutsch-chinesisches Set (im Besitz des Österreichischen Generalkonsulats Shanghai)

Der begleitende Ausstellungsfolder wurde in folgende Sprachen übersetzt:

armenisch, bulgarisch, chinesisches, englisch, französisch, georgisch, griechisch, italienisch, japanisch, polnisch, rumänisch, russisch, spanisch, tschechisch, ukrainisch

*Weitere Projekte österreichischer Botschaften (ÖB), Generalkonsulate (GK) und Kulturforen (KF) im Ausland<sup>1</sup>*

KF Tel Aviv	Konzert „Ein Morgen, ein Mittag und ein Abend in Wien“ Das Jerusalemer Symphonieorchester unter der Leitung von Amos Talmon mit Werken von Joseph Haydn, Ludwig van Beethoven, Johann Strauß Vater und Franz von Suppé	11. April 2005 im Herzliya Performing Arts Centre in Tel Aviv
KF Mailand	Konferenz „Per un’ Idea di Pace“ TeilnehmerInnen u.a.: Verdiana Grossi (Genf), Maurizio Pagano (Triest), Karl Stuhlpfarrer, (Klagenfurt), Werner Wintersteiner (Klagenfurt), Alberto L’ Abate (Florenz)	13. bis 15. April 2005 an der Universität Udine
ÖB Den Haag	Symposium „Bertha von Suttner“ TeilnehmerInnen u.a. Brigitte Hamann (Wien), Pieter H. Kooijmans (Den Haag), Ove Bring (Stockholm), Michael Riemens (Groningen), Ivar Liebæk (Oslo)	18. April 2005 im Friedenspalast Den Haag
ÖB Sofia	Vortragsreise „Kulturpolitische Positionen zu Bertha von Suttner“ von Harald Haselmayr (Graz)	18. bis 21. April 2005 in Sofia und Veliko Tarnovo
ÖB Tallinn	Vortrag „Österreichische Autorinnen des 20. Jahrhunderts: Bertha von Suttner“ von Judith Lewonig	21. April 2005 in der Estnischen Nationalbibliothek in Tallinn
KF Laibach	Vortrag „Bertha von Suttner: eine Moderne?“ von Klaus Zelewitz	31. Mai 2005 an der Pädagogischen Fakultät des Instituts für Germanistik der Universität Maribor
ÖB Skopje	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	20. Juli bis 22. August 2005 im Museum der Stadt Skopje
ÖV Genf	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	1. bis 16. September 2005 im Internationalen Konferenzzentrum der Vereinten Nationen in Genf

<sup>1</sup> Sämtliche Veranstaltungen österreichischer Vertretungsbehörden und Kulturforen fanden in Kooperation mit lokalen Veranstaltern statt.

ÖB Oslo	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“ sowie begleitende Filmvorführungen und Vorträge (u.a. von Allan Janik, Alice Uhl und Lena Freimüller)	15. September bis 21. Oktober 2005 im Nobel Friedenszentrum Oslo
KF Pressburg	Symposium „Bertha von Suttner und ihr literarisches Vermächtnis“ TeilnehmerInnen u.a. Dagmar Kostalova, Beatrix Schiferer, Jana Cviková, Mária Bátorová, Ladislav Simon	5. Oktober 2005 in der Österreichischen Botschaft Pressburg
ÖB Sarajewo	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	5. bis 15. Oktober 2005 in der Galerie MAK in Sarajewo
ÖB Stockholm	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	3. bis 27. November 2005 im Nobelmuseum in Stockholm
KF Madrid	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	3. November bis 29. Dezember 2005 im Centro de Cultura de Dones Francesca Bonnemaïson in Barcelona
KF / ÖB Prag	Internationales Bertha von Suttner-Symposium TeilnehmerInnen u.a. Petr Pithart (Prag), Cora Weiss (Genf), Max Koch (Wien)	11. bis 13. November 2005 im Prager Senat
ÖB für Georgien	Lesereise und Vorstellung des Buches „Abenteurerin Bertha von Suttner. Die unbekanntenen Georgien-Jahre 1876 bis 1885“ von und mit Maria Enichlmair	21. bis 27. November 2005 in Tiflis, Kutaïssi und Zugdidi
ÖB für Georgien	Enthüllung von Bertha von Suttner-Gedenktafeln	27. November 2005 in Kutaïssi und Zugdidi
ÖV Genf	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“ (erweitert um Originale aus dem Suttner-Nachlass wie Briefe Suttners an Henri Dunant, Alfred Nobel, Alfred Fried oder Karl May)	6. bis 23. Dezember 2005 im Palais des Nations in Genf
AS Bonn	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	10. Januar bis 10. Februar 2006 in der Stadtinformation Bonn
GK Shanghai	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	3. März bis 2. April 2006 im Ohel Moïshe Gedenkzentrum in Shanghai
ÖB Athen	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein	7. bis 17. März 2006 im

	Leben für den Frieden“	Foyer des griechischen Außenministeriums in Athen sowie im Rahmen der Kulturhauptstadt Patras 2006
ÖV UNESCO Paris	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“ Eröffnung der Ausstellung im Rahmen der anl. des Internationalen Tages der Frau stattfindenden Konferenz „Frauen in der Politik“	8. bis 30. März 2006 im UNESCO-Hauptgebäude
ÖB Prag	Enthüllung einer Bertha von Suttner-Gedenktafel in Prag unter der Schirmherrschaft von Vítězslav Jandák (Kulturminister), Pavel Bém (Oberbürgermeister Prags) und Bot. Margot Klestil-Löffler	8. Juni 2006 am Alterstädter Ring 12 in Prag
KF Belgrad	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	14. bis 28. Juni 2006 in der Galerie RTS in Belgrad
KF Teheran	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	21. bis 28. Januar 2009 im österreichischen KF Teheran
	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	17. bis 23. Februar 2009 an der Kunstuniversität in Isfahan
	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	2. bis 10. März 2009 in Shiraz (gemeinsam mit der Ausstellung „Wiener Architektur um 1900“)
	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	22. bis 31. März 2009 auf der Insel Kish im Persischen Golf
	Ausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“	4. bis 12. April 2009 im Haus der Kunst in Tabriz

Fotos von der Ausstellungspräsentation im Iran:



[Teheran]



[Isfahan]



[Kish]



[Tabriz]



## Zum Geleit

Das 100-jährige Jubiläum der Verleihung des Friedensnobelpreises an Bertha von Suttner nahm Österreich zum Anlass, Suttners leidenschaftliches Eintreten für Frieden und Toleranz zu würdigen. Das Jahr 2006 bot auch die willkommene Möglichkeit, auf die weltweite Arbeit von Frauen für Frauen in Fragen von Krieg und Frieden, Menschenrechten und Friedenserziehung aufmerksam zu machen.

Im Rahmen des offiziellen Arbeitsbesuchs in der Tschechischen Republik im Jänner 2005 habe ich angeregt, eine gemeinsame Veranstaltung in Prag und Wien zum Thema „Europa als Friedensmacht“ zu veranstalten. Das Thema ist aktueller denn je, denn wachgerüttelt durch unzählige Flüchtlinge an den Grenzen der Europäischen Union, verunsichert durch Terroranschläge und die gespannte Lage im Nahen Osten, besorgt über die derzeit äußerst sensiblen Beziehungen zur islamischen Welt, ist Europa gefordert, seine Sicherheits- und Friedenspolitik weiter zu entwickeln.

Am 12. und 13. November 2005 fand im tschechischen Senat in Prag eine internationale Bertha von Suttner-Konferenz statt. Einen knappen Monat später am 5. Dezember 2005 luden die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten Dr. Ursula Plassnik und die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen Maria Rauch-Kallat zu einem Festsymposium in die Diplomatische Akademie Wien. Darüber hinaus wurde eine Reihe von interdisziplinären Veranstaltungen über und um Bertha von Suttner angeregt, die u.a. im Ghandi Museum in New Delhi, im Friedenspalast in Den Haag, im Nobel Peace Center in Oslo, im Palais des Nations in Genf, im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel sowie bei den Vereinten Nationen in New York. unter Mitwirkung zahlreicher Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland stattfanden.

Bertha von Suttners größter Traum – „die Waffen nieder“ – ist ein heute genauso aktueller Appell der großen Vorkämpferin aller Friedensbewegungen. Mit dieser Publikation wollen wir der großen österreichischen Friedensnobelpreisträgerin gedenken. Die vorliegende Broschüre versammelt die Vorträge des Wiener Symposiums. Die Beiträge der Prager Tagung wurden in einem deutsch-englisch-

tschechischen Sammelband vom Tschechischen Bertha von Suttner-Verein herausgegeben. Mein Dank gebührt allen Autorinnen und Autoren, der österreichischen Bertha von Suttner-Friedensgesellschaft, Wien, dem Internationalen Bertha von Suttner-Verein, Harmannsdorf und all jenen, die Gedanken- und Anstoßgeber für die vielen nachhaltigen Projekte zu Suttners Werk und Wirken inner- und außerhalb Europas waren.

Dr. Wolfgang Schüssel

**Internationales Festsymposium**  
**aus Anlass**  
**100 Jahre Friedensnobelpreis an Bertha von Suttner**

5. Dezember 2005  
Diplomatische Akademie Wien

## **Jiří Gruša. Begrüßung**

Selten hat eine Biografie so viel Böhmisches-Europäisches in sich gehabt, wie im Falle Berta von Suttners, dieser Pazifistin, die als Tochter eines Feldmarschalls geboren wurde. Und bis heute verkörpert sie Aufstieg und Vielfalt unseres Raumes.

Aber es gab darin auch Sehnsucht nach dem Erhalt der alten Exklusivität. Die ersten zwei Begriffe - Aufstieg und Vielfalt - waren mit der Neuzeit kompatibel, die Exklusivität kontraproduktiv. Darum vielleicht ist eine gute Chance verspielt worden, aus diesen Substanzen eine gemeinsame politische Kultur entwickeln zu können. Den Entscheidungsträgern von damals fehlte nämlich Bertha von Suttners synthetischer Mut.

Bertha von Suttners Lebenswerk bietet noch immer wertvolle Impulse, wie in der Mitte Europas ein Miteinander zu gestalten sei. Und generell einen Beitrag zur postnationalistischen Friedensdefinition. Unser Kontinent entspricht doch heute mehr dem idealistischen Eigensinn dieser Literatin, als dem Starrsinn ihrer Gegner.

Ihr Vater hat bürgerlich geheiratet und somit die Tochter dem üblichen Kasten-Dünkel ausgesetzt. In den Augen der Wiener société wäre sie keine richtige „von“. So musste sie von ihrem Talent leben. Und dieses zweite „von“ hat sie gerettet. Sie hat Eigenschaften entwickelt, die zukunftsreicher waren als Stammbäume. Musisch begabt und sprachlich versiert, gewann sie bald eine Mobilität, die man mit Freiheit gleichsetzt. Eine persönliche Entscheidungskraft, die das Ziel erkennt und Mittel findet, die ihr angemessen sind.

Gegen alle Konventionen hat sie sich in Paris um eine Stelle beworben und landete bei einem Erfinder. Seine Invention brachte ihm Ruhm aber keine Ruh. Heute kennen wir Alfred Nobel eher in Verbindung mit seinen Nobelpreisen als mit dem Dynamit. Vielleicht auch deswegen, weil wir, seine Nachkommen, inzwischen noch explosivere Stoffe erfunden haben als er. Und somit den Frieden noch fragiler gemacht als damals.

Nobels Angst vor den Folgen der eigenen Erfindung hat die junge Österreicherin tief beeinflusst. Aus dem Milieu des kriegerischen Heroismus stammend, hat sie sofort begriffen, dass die Heldenepoche zu Ende geht, da von nun an anonym gestorben wird. Und massenhaft.

Sie hat erkannt, dass Mobilität und Dynamit irgendwie kommunizieren. Und das Massenhafte nicht befreit, wenn die Massen hassen. Darum hat sie alle Hauptworte ihrer Ära überprüft:

Die „Nation“, weil Nationen nationalistisch agierten. Die „Revolution“, weil Revolutionen das Individuelle kassierten. Und die „Exklusivität“, weil deren Rituale in der Entwertung der anderen endeten. Und eine primitive Bivalenz gesät haben.

Sie hat die Gefahr des Antisemitismus attestiert und ihr ganzes Leben lang dagegen gehalten. Sie spürte, wie die Politik zu einer Art Religion mutieren kann und hat davor gewarnt.

Als dann in Berlin der neue Kaiser an die Macht gekommen war und seine sakralen Sprüche zu klopfen begonnen hatte, fasste sie dieses als eine Drohung auf und schrieb „Die Waffen nieder!“. Es war ein Buch über den Unfug der Kriege. Und machte sie weltberühmt, bewundert und missverstanden. Sie Initiierte Friedenskongresse und absolvierte Vortragsreisen. Und sie brachte Alfred Nobel dazu, Verdienste um den Frieden zu belohnen. Um ziemlich bald darauf die erste Frau zu werden, die seinen Friedenspreis bekommen hat.

Es sind jetzt genau hundert Jahre. Hundert Jahre, seitdem sie auf eine Abrüstung der Europäer pochte und dann immer mürrischer die neuen Waffen kommen sah, die in der Tat alles bislang Bekannte übertroffen haben. Und als der große Krieg dann ausgebrochen war, musste man ihn Weltkrieg nennen, weil er die ganze Welt getroffen hatte. Er hatte Mobilität und Vernichtungskraft, kombiniert mit der Aufhebung aller Distanzen. Manche dachten, er sei nach vier Jahren mahmend zu Ende gekommen. Er kehrte jedoch wieder, sodass ihn manche als den zweiten Dreißigjährigen bezeichneten.

Europa wurde zum Dispositionsobjekt von Machtspielen, welche die Vielfalt eliminieren wollten und Einheit nur als Subordination verstanden haben. Es kam die Zeit der großen Diktaturen. Nazismus und Kommunismus. Kalter Krieg und Implosion der bipolaren Ordnung. Das zwanzigste Jahrhundert hinterließ so in den Köpfen und Herzen aller Menschen Bitterkeit und Angst. Der Begriff Europa verband sich mit den Adressen des Hochmuts und dessen Niederlage.

Erst später kehrten wir, zumindest partiell, zu einer Definition des Friedens zurück, die Züge von Bertha von Suttners Erbe trägt. Erst später waren wir soweit, Europa als Friedensmacht zu konzipieren. Unser Kontinent hat es geschafft, Kontexte zu suchen statt Konflikte. Und ein kooperatives Konzept vorzulegen, mit Institutionen und Bindungen. Ein Teil eines solchen Friedenssystems zu sein bedeutet nämlich, die Merkmale einer politischen Kultur zu definieren, die überprüfbar sind. Weil wir letztendlich wie kommunizierende Gefäße wirken.

Das halbe Jahrhundert nach dem Tode von Bertha von Suttner belegt dies mehr als deutlich. Frieden ist seitdem nicht mehr als eine Pause zwischen zwei Kriegen zu verstehen, sondern als eine bindende Gemeinsamkeit. Die Rückkehr Österreichs auf die politische Landkarte Europas belegt dies mehr als deutlich. Damals im Jahre 1955 war es das erste Zeichen dieses Umdenkens.

Und das letzte Dezennium unserer Mitgliedschaft in der EU zeigt vielleicht am deutlichsten, was für einen historischen Weg wir zurückgelegt haben, um gemeinsam mit allen unseren Nachbarn wieder in einem politischen Gebilde wirken zu dürfen. Die Entscheidungskraft ist hier charakterisiert durch den Respekt für den Einzelnen und seine Rechte. Die Gesellschaft wird also transparent und somit tolerant.

Wir leben jetzt wieder in einer tektonischen Zeit. Das Neue, das uns begegnet, ist nicht nur ein Zerfallsprodukt der monolithischen Illusion der alten Diktaturen. Es ist auch ein globaler Trend der neuen und nicht aufzuhaltenden Vernetzung. Gebilde mit einer

Multi-Struktur sind auf ihn besser vorbereitet als zentralistische Gefüge. Partnerschaften sind besser als Partikularismus.

Unsere Bemühung um Europa als Friedensmacht verursacht keine Risse. Im Gegenteil, es ist ein Grundriss der wahren Machbarkeit. Die Friedensmacht Europas wird immer ein politisches Phänomen sein, das Wirtschaft und Weitsicht kombiniert.

So wie es kein Widerspruch ist, wenn Transnationales mit dem Regionalismus zusammengeht. Letzten Endes ist das, was wir Europa nennen, nicht nur eine geografische, sondern eine kulturelle Bestimmung. Es geht nicht um irgendein europäisches Selbstlob. Kultur ist die alltägliche Praxis der schwierigen Richtungssuche von Gesellschaften und deren Menschen. Ein Ethos des Handelns und Tuns. Bertha von Suttner sorgte hiermit für eine Kultur der Politik. Darum ehren wir sie heute. Sie wusste nämlich, dass Frieden eine tapfere Sache ist.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Johannes Kyrle. Eröffnung**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst möchte ich die besten Grüße von Frau Bundesministerin Dr. Ursula Plassnik überbringen, die es sehr bedauert, nicht selbst an der Konferenz teilnehmen zu können. Sie befindet sich heute und morgen bei der OSZE Ministerratskonferenz in Laibach.

Ich darf erinnern, dass das heutige Symposium auf Anregung von Herrn Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel zustande gekommen ist, der im Rahmen eines offiziellen Arbeitsbesuchs in Prag am 20. Januar 2005 anregte, eine Doppelveranstaltung in Prag und Wien zum Thema „Europa als Friedensmacht“ zu veranstalten. Am 12. und 13. November 2005 fand daher in Prag eine internationale Konferenz statt: unter anderem mit Dr. Petr Pithardt, dem 1. Vizepräsidenten des tschechischen Senats und Dr. Cora Weiss, der Präsidentin der Internationalen Friedensbüros.

Die heutige Veranstaltung ist somit eine Folgeveranstaltung zur Prager Konferenz und zugleich auch die Abschlussveranstaltung einer ganzen Reihe von Projekten zu Themen wie Frieden, Toleranz, Menschenrechte und Frauenfragen an österreichischen Vertretungsbehörden und Kulturforen im Ausland rund um den Jahrestag der Zuerkennung des Friedensnobelpreises an Bertha von Suttner vor genau 100 Jahren.

Meine Damen und Herren!

Wir erinnern uns in diesem Jahr auch wichtiger Meilensteine der österreichischen Geschichte: 60 Jahre Zweite Republik, 50 Jahre Staatsvertrag, 10 Jahre Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Darüber hinaus feiern wir auch 50 Jahre österreichische Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Der Respekt für das Völkerrecht, insbesondere für die universelle Gültigkeit der Menschenrechte und der Rechte der Minderheiten sowie der Dialog der Kulturen sind seither thematische Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik.



2005 feiern wir aber auch die Zuerkennung des Friedensnobelpreises an Bertha von Suttner. Geboren als Gräfin Kinsky in Prag, verheiratet in Österreich als Baronin von Suttner, wurde sie bekannt als Gründerin der Österreichischen Friedensgesellschaft und als Autorin des Bestsellers „Die Waffen nieder!“. Zeitlebens trat sie leidenschaftlich ein für Frieden, Toleranz, Frauenfragen und gegen jegliche Art von Fanatismus. Sie war es, die ihren Gönner und Freund Alfred Nobel dazu anregte, eine bedeutende Auszeichnung für jene Menschen zu stiften, die sich für den Frieden einsetzen. Suttner selbst erhielt diesen Preis als erste Frau.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten möchte dieses Jubiläum nutzen, um nicht nur an diese große Persönlichkeit zu erinnern, sondern auch um generell den unerlässlichen Beitrag von Frauen für Frieden, für Menschenrechte sowie für die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern als außenpolitische Aufgabe zu betonen. Gerade in Konfliktzeiten und Konfliktregionen sind Frauen nicht selten Schlüsselfiguren für Friedenssicherung und Friedensschaffung. Erst kürzlich, am Rande der 60. UNO-Generalversammlung, plädierten in diesem Sinne Außenministerin Dr. Ursula Plassnik und Amtskolleginnen aus aller Welt in einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Kofi Annan für eine noch stärkere Einbeziehung von Frauen in Phasen nach bewaffneten Konflikten.

Mit Stolz darf ich festhalten, dass die kulturpolitische Sektion meines Hauses eine Welle von Veranstaltungen über und um Bertha von Suttner losgetreten hat, die durch Vielfältigkeit und Nachhaltigkeit beeindruckten. Die dazu von Mag. Georg Hamann vorbereitete Dokumentationsausstellung „Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden“ wurde mittlerweile schon in sechzehn Sprachen übersetzt und steht in über 30 Ländern im Einsatz, darunter im Indira Ghandi Museum in New Delhi, im Nobel Peace Center in Oslo, im Palais des Nations in Genf sowie auch bei den Vereinten Nationen in New York. Kooperationen mit dem Internationalen Bertha-von-Suttner-Verein mit Sitz in Harmannsdorf, der österreichischen Friedensgesellschaft Bertha von Suttner, der Liga für Menschenrechte, dem Verein Konfliktkultur oder dem Internationalen Friedensbüro in Genf wurden initiiert und wertvolle Kontakte für die Zukunft geknüpft.

Den Auftakt der Suttner-Veranstaltungsreihe in Österreich bildete ein internationales Symposium im Mai dieses Jahres auf Schloss Harmannsdorf, dem ehemaligen Wohnsitz von Bertha von Suttner in Niederösterreich. Eröffnet wurde diese Tagung durch Herrn Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer zusammen mit der Friedensnobelpreisträgerin Frau Shirin Ebadi aus dem Iran, die im Anschluss daran auch hier an der Diplomatischen Akademie einen Vortrag halten konnte.

Stellvertretend für viele weitere Veranstaltungen zu Bertha von Suttner, möchte ich hier einige Stationen erwähnen, die gleichzeitig auch ihren Lebensweg nachzeichnen:

- Bertha von Suttner verbrachte zehn Jahre in Georgien: „Es war die Schule ihres Lebens“, wie sie einmal schrieb. Nach Abschluss einer Reihe von Präsentationen der bereits erwähnten Dokumentationsausstellung in den Staaten Südkaukasiens und Zentralasiens, konnten in den westgeorgischen Städten Kutaissi und Zugdidi zwei Suttner-Gedenktafeln enthüllt werden.
- Im Rahmen eines Konzertes im April dieses Jahres spielte das Symphonieorchester von Jerusalem das Musikwerk „Die Waffen nieder! von Franz von Suppé. Das Stück war ursprünglich dem Friedenskongress in Bern von 1892 gewidmet, an dem Suttner teilnahm. Nächstes Jahr wird die Dokumentationsausstellung im Österreichischen Hospiz in Jerusalem gezeigt, das sich als Begegnungszentrum für einen friedlichen Dialog unter Anhänger der drei monotheistischen Religionen einsetzt.
- In Mazedonien, das von unterschiedlichen ethnischen Bevölkerungsgruppen geprägt wird, präsentierte die Österreichische Botschaft in Skopje, die Suttner-Ausstellung in mazedonisch-albanischer Übersetzung.
- Im April 2005 veranstaltete die österreichische Botschaft Den Haag gemeinsam mit den Botschaften Schwedens und Norwegens im Gerichtssaal des dortigen Friedenspalastes ein Symposium an welchem auch Vertreter des Internationalen Gerichtshofs teilnahmen. Den konkreten Anlass dazu lieferte der Umstand, dass Bertha von Suttner als erste Frau 1899 zur Ersten Haager Friedenskonferenz kam und vehement die Errichtung des Haager Tribunals unterstützte.
- In Brüssel gelang es, das vom Europäischen Ausschuss der Regionen genutzte Gebäude in der Rue Montoyer wieder mit seinem ursprünglichen Namen zu

benennen und dies am 8. März kommenden Jahres im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft zu feiern.

- Und schließlich fruchtete auch ein Ansuchen der kulturpolitischen Sektion des Außenministeriums Bertha von Suttner in die Liste der UNESCO-Anniversarien 2006 / 2007 aufzunehmen.

Meine Damen und Herren!

Als Journalistin, Bestsellerautorin und Pazifistin hob Bertha von Suttner in ihrer Dankesrede zur Verleihung des Friedensnobelpreises im April 1906 die entscheidende Rolle Alfred Nobels hervor, der nicht nur die Bedeutung der Förderung der Kultur und der Wissenschaft erkannt hat, sondern vor allem auch die Rolle der internationalen Justiz sowie der internationalen Organisationen zur Friedenssicherung unterstützen wollte. In diesem Sinne ist es eine besondere Freude, dass der diesjährige Friedensnobelpreis wiederum mit Österreich verbunden ist und Herrn Mohammed ElBaradei und der Atomenergiebehörde in Wien zuerkannt wurde. „Ich bin kein Pazifist. Ich halte mich bloß für einen pragmatischen Menschen, der gern eine Welt hätte, die ein bisschen sicherer ist als derzeit“, sagte ElBaradei. Ich glaube, diese kurze und pragmatische Aussage trifft sich genau mit den von Alfred Nobel letztlich verfolgten Zielen.

Abschließend möchte ich mich an dieser Stelle bei all jenen bedanken, die sich im Rahmen des heutigen Festsymposiums mit ihren Vorträgen im Geiste von Bertha von Suttner mit den Themen Friedenssicherung, Friedensarbeit von Frauen, Mediation in Post-Konfliktsituationen und Menschenrechte befassen werden.

## **Maria Rauch-Kallat: Eröffnung**

Herr Botschafter,  
Herr Generalsekretär,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Frauenministerin ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass das Leben und Wirken der ersten und einzigen Österreichischen Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner dokumentiert und in Veranstaltungen wie dem heutigen Symposium gewürdigt wird. Bertha von Suttner ist eine wahrhaft Große Tochter Österreichs.

Ein Blick auf ihren Lebenslauf zeigt, wie sehr sie ihrer Zeit voraus war und wie vielen Fragen der Moderne sie sich in ihrem eigenen Leben an der Zeitenwende zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert bereits stellen musste. Bertha von Suttner ist uns als erste große Friedensaktivistin in Europa ein Begriff.

Sie war aber auch eine der ersten Aktivistinnen der Frauenbewegung und in ihrem eigenen Leben eine Pionierin beim Durchbrechen von Tradition und Konvention. Ob sie sich diese Rolle selbst ausgesucht hätte, können wir nicht mehr nachprüfen. Tatsache ist aber, dass sie die Umstände, die sie dazu machten, tapfer und auch sehr bewusst angenommen und das in vieler Hinsicht Beste daraus gemacht hat.

Geboren in Prag als Tochter eines Grafen Kinsky, aber aufgrund der Abstammung mütterlicherseits nicht zum Hochadel gehörend, bereiste die junge Bertha mit ihrer Mutter die berühmtesten Kurorte Europas und gewann dadurch jene Weltläufigkeit und Sprachgewandtheit, die ihr später in ihrer Arbeit für die Friedensbewegung von großem Nutzen sein sollte. Durch die Spielleidenschaft der Mutter mittellos geworden, musste sie als Gouvernante arbeiten, um selbst für ihren Unterhalt zu sorgen.

Nach drei geplatzten Verlobungen und mit Mitte Dreißig für den „Heiratsmarkt“ der damaligen Zeit eigentlich schon verloren, setzte Bertha von Suttner eine Liebesheirat durch, ein Glück, das damals nur wenigen Frauen beschieden war. Sie heiratete den

älteren Bruder ihrer Zöglinge, Baron Arthur Suttner und führte mit ihm eine sehr partnerschaftliche Ehe. Aufgrund des gesellschaftlichen Skandals war das Paar jedoch zu einem neunjährigen Exil in Georgien gezwungen.

Da die Unterstützung der georgischen Großfürstin nicht ausreichte, arbeitete Arthur von Suttner zunächst als Kriegsberichterstatte. Bertha eiferte ihrem Mann nach und übertraf ihn bald in seiner journalistischen Arbeit. Zunächst verwendete sie noch ein männliches Pseudonym für ihre Berichte über den russisch-türkischen Krieg, später machte sie sich als Autorin von Gesellschaftsromanen, die wir heute als kitschig bezeichnen würden, ihren eigenen Namen.

Bertha von Suttner, die die Standesunterschiede innerhalb der Aristokratie selbst schon schmerzhaft erfahren hatte, erlebte in ihren Jahren in Tiflis die Not der dortigen Bevölkerung hautnah mit und verband diese Eindrücke mit den sozialrevolutionären Ideen der europäischen Intellektuellen, mit denen sie in Kontakt stand. Ihr Bewusstsein für die soziale Frage verband sich nach ihrer Rückkehr nach Österreich ganz automatisch mit dem Einsatz für die Frauenrechte.

Bertha von Suttners Hauptverdienst ist die Arbeit für den Aufbau der Friedensbewegung und darüber wird uns unsere Festrednerin Brigitte Hamann ausführlich berichten. Ich möchte auch hier den frauenpolitischen Aspekt kurz beleuchten. Bertha von Suttner befand sich auch hier in einem Spannungsfeld, das für viele Frauen, die einen Durchbruch schafften oder schaffen, typisch ist:

Einerseits war es ihr Einfluss, der Alfred Nobel dazu brachte, den nach ihm benannten Preis – quasi als Ausgleich für die verheerenden Auswirkungen des von ihm erfundenen Dynamits – zu stiften. Andererseits musste sie jahrelang auf die Nominierung warten. Als sie vor 100 Jahren und 5 Tagen, am 1. Dezember 1905 das Telegramm mit der inoffiziellen Meldung erhielt, hatte sie die Hoffnung, doch noch für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen zu werden, schon fast aufgegeben.

Als Autorin und Aktivistin bewegte sie sich auf dem glanzvollen internationalen Parkett, war offizielle Berichterstatteerin vom ersten Friedenskongress in Den Haag und wurde vom amerikanischen Präsidenten Roosevelt empfangen. Zu Hause kämpfte sie mit Geldnot und ihrer Familie war ihre Berühmtheit peinlich.

Lassen Sie mich abschließend noch auf die vielen Frauen eingehen, die Friedensarbeit im Geiste Bertha von Suttners leisten und damit ihre Nachfolge antreten. Dazu gehören nicht nur die zeitgenössischen Friedensnobelpreisträgerinnen wie Wangari Mathaai und Shirin Ebadi, die unter ständigen Angriffen auf ihr Leben und ihre Sicherheit für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Frieden arbeiten und die wir dabei unterstützen müssen.

Ich möchte auch an die frühere Botschafterin der Vereinigten Staaten, Swanee Hunt, erinnern, die vor vier Jahren hier in der Diplomatischen Akademie die Europakonferenz ihrer Initiative „Women waging peace“ abgehalten hat und Frauen auf der ganzen Welt in ihrer Friedensarbeit unterstützt. Erst kürzlich war sie wieder in Wien und hat ihr Buch „It was not our war“ vorgestellt, in dem sie die Erfahrungen bosnischer Frauen während des Krieges und bei der Aufbauarbeit danach beschreibt.

Damit liefert Swanee Hunt gleichsam Argumente für die Initiative, die unsere Außenministerin Dr. Ursula Plassnik gemeinsam mit ihren Amtskolleginnen setzt, um eine gleichberechtigte Einbeziehung der Frauen in die neu einzurichtende „UNO Kommission für Friedenssicherung“ zu erreichen. Generalsekretär Kyrle hat uns davon ja schon berichtet. Ich freue mich sehr über diese Initiative, die eine Weiterführung der Arbeit im Geiste Bertha von Suttners darstellt.

Bertha von Suttner ließ sich nicht entmutigen, ihre Bestimmung für den Frieden zu leben. In dieser Haltung soll sie uns Frauen von heute ein Vorbild sein.

**Brigitte Hamann. Festrede: *Bertha von Suttner. A Life for Peace***

Baroness Bertha von Suttner was born as Countess Kinsky in Prague in 1843. The family of the still flourishing Kinsky has been important in the Habsburg monarchy because of their military merits in Austrian services – one Count Kinsky, for instance, played an important role in the events around Wallenstein in the Thirty-Years-War.

This military tradition of her family became an important factor in Suttner's further development. By pursuing her controversies against war and military predominance, she also got in opposition to her family's tradition.

On the other hand, this tradition made her understand the role of soldiers in history: She was full of deep understanding for soldiers and emphasized that they were not at all murders, but often became victims of war themselves.

And Suttner didn't regard armies being without any sense. On the contrary: She stressed the importance of an international army in order to protect human rights and – should it be necessary – to intervene in those states who persecute persons – as the Turks did with the Armenian people. For this specific purpose – to protect the rights of humans – Suttner thought it appropriate to have soldiers. Apparently she had something as our modern UN-troops in mind.

In the Kinsky-family Bertha had to suffer from discrimination: she was a so-called "bastard": her old father, a general, died before her birth. And her young mother was not an old aristocrat, but came from an only recently nobilitated family. Therefore Bertha was never allowed to assist in the festivities of the Imperial Court and was never an esteemed part of the Austrian nobility.

On one hand, she loved the high society, on the other hand she took every opportunity to emphasize the ideals of the middle class: the ideal of work and ability, the ideal to have success as a result of achievement and not of noble birth. Her political conviction soon became a liberal one – criticising the privileges of the nobility and the Roman

Catholic Church in Austria-Hungary and pleading for a more democratic political system.

But her high birth also brought her some advantages, above all a good education by private teachers in a time when girls were not allowed to attend higher schools or to study. She spoke German, English, French and Italian fluently, which proved to be an important asset for her future international work.

It was a time when women had exclusively one chance to make a career: through a rich marriage. That was also the last hope of Bertha's mother who was a gambler and spent the whole fortune including the money of her children on that passion.

After three engagements with un-loved partners thirty years old Bertha made an extraordinary decision: she left her mother and took a job as governess of the four daughters of the rich Baron Suttner in Harmannsdorf in Lower Austria.

A Countess as a teacher in the house of a Baron: that was against all the aristocratic rules of the Empire. And more: Bertha fell in love with Arthur, the elder brother of the four girls, a not very successful student and seven years younger: Impossible to think of a marriage. She had to leave the house.

Then – shocking indeed for a countess – she answered to a newspaper announcement: an unknown gentleman in Paris needed a multilingual secretary. It was Alfred Nobel, the inventor of dynamite and the richest man of the world. She got the job.

Nobel was an idealist who dedicated his life to the prevention of war. And this could – in his view – best be attained through the introduction of even more horrific military devices that would act as a deterrent. Bertha had never before been confronted with this topic and was not very interested in it: on the contrary, she was very unhappy because of her separation from Arthur. This made her blind towards the possibilities that her new position offered to her.



Nobel, a man of immense wealth and intelligence, a romantic and tender man, ten years older than Bertha, fell in love with her. But she couldn't forget Arthur, a young man without a profession but with high depths. So she returned to Austria, but remained in best friendship with Nobel until his death.

In Vienna, she married Arthur secretly and flew with him across the Black Sea to the Caucasus. There she knew the Princess of Mingrelia, Ekaterina Dadiani, who had been a gambler friend of her mother visiting the same casinos.

For nine years, the Suttners stayed in Georgia and made there a bitter experience: being poor and hungry. From this time on, Bertha had a strong social feeling.

To earn money, Bertha gave piano and language lessons and Arthur made sketches for wallpapers. Because they urgently needed money, Bertha began to write articles for European newspapers and thus she became a writer. Arthur did the same with less success.

And both were eager readers: they read the new books of the English sociologists Spencer and Buckle and became eager students of Charles Darwin and his doctrine of evolution. Suttner believed in the progress of technology from which the progress of mankind would follow: the evolution from the primitive type of men to the more developed kind of cosmopolitan, peaceful, tolerant and educated people in the future.

You see: already in the isolation of the Caucasus Suttner developed the basis of her social theory of war and peace without knowing that in the English speaking countries there always existed an organised movement to propagate these thoughts.

In political terms the Suttners were convinced liberals showing a great tolerance towards all religions and confessions – in contrast to the strong Catholicism of the Austrian aristocracy. Thus it is no surprise that Arthur became at this time a freemason: it is one of the most important principles of freemasonry to be tolerant towards other religions, nationalities, customs and members of another social group. Masonry,

however, was closed for women. (By the way: Some years later Bertha will be the first woman to give a lecture in the freemasons' lodge of Bucharest in Romania. Naturally she spoke about Peacemaking.)

In 1885, the Suttners returned to Austria. They lived with Arthur's family in Harmannsdorf, earned their living by writing and travelled a lot. In Paris, in the house of the French poet and friend, Alphonse Daudet, Bertha learned about the International Arbitration and Peace Association in London which had been founded by Hodgson Pratt in 1880 – and about similar groups on the continent – organisations that had as their objective what both Suttners now sought as an ideal: arbitration and peace (in place of armed force), fight against all sorts of nationalism and intolerance in religious questions, promotion of international trade, art and science, promotion of personal and political relations despite all national differences.

Bertha was convinced that the rapid development of the arms technology would lead to a change in politics: politicians finally would have to acknowledge that war cannot be an instrument of politics. In this context she agreed with her old friend Nobel.

Suttner often has been called naive because of her strong belief in the progress of mankind – and in the belief of the possibility of peace in the world. This peace demanded a better mankind, something she was sure will come about, since she thought it to be a law of nature – the law of evolution Darwin formulated. This strong conviction of hers that peace can be realised through the natural evolution of mankind towards a peaceful thinking is important as a motivation for Bertha's commitment to peace.

Now – at the age of 45 – Bertha von Suttner finally knew what made her life worth living for: the organized international peace movement. Now she wrote the novel: "Die Waffen nieder!" – "Lay down your arms!", a book similar to Harriet Beecher Stowe's "Uncle Tom's Cabin" which became very important in the fight against slavery in America.

“Die Waffen nieder!” was not intended to be an artistic novel but to be a novel to awaken feelings and activities against war and to find sympathies for the organized peace movement. The novel is full of very realistic scenes of war entailing blood and death, written in the style of Suttner's admired writer colleague Emile Zola. In the novel, nothing can be found about heroism or glorification of soldiers like in other novels of that time. Suttner wanted to inform her readers about the cruelty of war in as many horrible details as possible. So she hoped to make her readers appeal: “Lay down your arms!”

The impact the book had on the audience was tremendous. This single book, translated into many languages and printed in millions of copies, made the International Peace Movement known all over the world. Overnight, Bertha von Suttner became an important personality of the international peace movement.

And she was urged to found an Austrian Peace Society. But: in that time women did not even have the right to assist any political association. Nevertheless, Suttner founded the Austrian Peace Association and made herself president in 1891. One year later, she succeeded in founding the German Peace Association in Berlin, the capital she saw as the embodiment of militarism under young Emperor William II. She initiated a peace journal called “Die Waffen nieder!” and wrote most of the articles. She also founded the Hungarian Peace Society in Budapest.

In this important year, 1892, she also attended her first International Peace Congress in Rome – the travel was financed by Nobel – and gave the first lecture of her life to a prominent international audience – in Italian, spontaneously and without any preparation. It was a great success.

Suttner's struggle for peace included the struggle against any kind of intolerance, above all anti-Semitism that was a dreary reality in Vienna of the fin de siècle. She supported her husband who joined a new league against anti-Semitism in Vienna. In discussion with that league Bertha's friend Theodor Herzl developed his idea of Zionism and wrote

his novel “Der Judenstaat” in the same style as Bertha wrote “Die Waffen nieder!”. Both books propagated ideas; they were so-called “Tendenzromane”.

In addition, also the struggle for women rights as a basis for a better partnership in the future was part of Suttner’s struggle for peace. And naturally she fought for equal social and political rights, for more democracy – all this as conditions for a better future in peace.

Nobel gave her subsidies to finance her activities and even became a member of the Austrian Peace Society. Bertha continued to appeal to her friend to do something outstanding for the peace movement – and Nobel did so: In January 1893, he told her in a letter of a peace prize he hoped to found. After his death three years later, his will showed that he indeed had established this Peace-Nobel Prize. But the realisation of Nobel’s will took a lot of time. And against her hope Suttner was not the first to get the prize.

In 1899, the manifest of Czar Nicholas and his call for the first Peace Conference to The Hague let Bertha hope for a decisive step forward for the Peace Movement. Naturally, she wanted to go to The Hague, but she was not allowed because she was neither a politician nor an official deputy. So she wanted to go there as a journalist, but the Viennese newspapers were not interested in that matter. Finally, it was her friend Theodor Herzl who gave her the money for the journey to The Hague and for a stay in an elegant hotel where she could gather international pacifists, politicians and journalists in an improvised “Salon”. Now she had not only to propagate the peace movement, but also Herzl’s new Zionism, as a way to fight anti-Semitism.

Suttner was the only woman present at the festive opening of the conference. But she had only limited access to the sessions – as a journalist, not more. She was a woman. And women in this time had not the right to vote and naturally not the right to be elected as politicians. Under these conditions Suttner’s engagement and her success were astonishing enough. She devoted all her efforts to the acceleration of the

development of peace, to the “step from theory to experiment”, which would finally culminate in an official and international discussion on securing peace.

I quote: “Only those who have the power in their hands can put the idea into action. But the idea, if it is repeated clearly, frequently, and unanimously enough, also possesses power, namely the power to affect the desire of the mighty to act. And that is what we want. Not we ourselves erecting the house of world peace... but may those who can, do it.” She thought and hoped, things were going “in the direction of gradual reduction of violence”.

Against the often used argument of “interference” in the domestic affairs of other countries she argued, “My God, you have certain independence in private life at home, too, and forbid outside interference, but if cries for help come from a neighbouring apartment, if a lunatic is trying to kill a member of his own family, don’t you rush to the rescue – or do you calmly respect the internal affairs of the deranged neighbour? No, you call the police.”

In the end, Suttner was disappointed with both Peace Conferences taking place in The Hague, above all with regard to the question of international disarmament. It became very clear that preparations for a war were being made in all countries of Europe. Hardly anyone thought that war could really be averted, and everyone intensified the armament process. In retrospect, Suttner bitterly called both Conferences “Conferences for consolidating war”. Especially in the German Reich under Wilhelm II, but also in Austria-Hungary she saw mighty politicians, who worked very effectively against the pacifists.

In the years after Nobel’s death, Bertha von Suttner suffered a lot. Arthur was very ill, the Suttner family became very poor and had a lot of debts. After Arthur’s death in 1902, the family was bankrupt and had to leave their castle in Harmannsdorf. Bertha moved to Vienna into a modest flat. She now longed for the Nobel prize above all because she needed money so urgently. Yet, she was too proud to show it.

In a time, when nationalism and militarism were constantly on the rise, Bertha's open opposition to rearmament attracted hostilities and attacks. She had to bear insults and mockeries in the public. She now was an old and very corpulent lady, and – unusual enough for a woman – a person of public and political interest, and a woman who protested against the “Zeitgeist”. Comical papers often chose her as their target, called her 'peace fury' or 'peace-mongering Bertha'.

Through her unwavering engagement in the Association for the Prevention of anti-Semitism "Verein zur Abwehr des Antisemitismus" she incurred the hostility of the Christian Socialists around the Mayor of Vienna, Karl Lueger, and the anti-Semitic German-Nationalists in Austria. Her engagement gained her the abusive term “Judenbertha” -"Jewish Bertha".

When finally in 1905, Bertha von Suttner received “her” Nobel Peace Prize, she was on a lecture tour in Germany. It was in Wiesbaden where the happy news reached her. She received ovations and noted in her diary: "Cheers and hurrah even in the street". The next lectures were a veritable triumph, mainly because of the efforts of the women associations, who proudly announced that Suttner was the first female Nobel Peace prize winner.

In her native country Austria-Hungary, “Peace-Bertha” was derided and little esteemed. Most of the newspapers in Austria-Hungary kept silent on Suttner's prize. And there were no ovations for her in Vienna.

In her lecture in Christiania she stated, I quote: *“One of the eternal truths is that happiness is created and developed in peace, and one of the eternal rights is the individuals' right to live. The strongest of all instincts, that of self-preservation, is an assertion of this right, affirmed and sanctified by the ancient commandment: “Thou shalt not kill.” It is un-necessary for me to point out how little this right and his commandment are respected in the present state of civilization. Up to the present time, the military organisation of our society has been founded upon a denial of the*

*possibility of peace, a contempt for the value of human life, and an acceptance of the urge to kill.”*

Before World War I the Austrian peace movement remained restricted to isolated and even diminishing circles around Suttner and Fried, which were marginalized socially and politically and dismissed as sectarian groups. And it must be mentioned that there was no kind of cooperation between these middleclass exponents of pacifism and the strongest movement of pacifism, the socialistic one. On the contrary: the socialistic pacifists were not only rivals, but enemies of the bourgeois pacifists.

In her last years Suttner suffered again from permanent lack of money. It was Andrew Carnegie who gave her a pension in the last year of her life. She died on 21 June 1914, seventy years old. Seven days later, the fatal shots were fired in Sarajevo killing the Austro-Hungarian Heir to the Throne Franz Ferdinand and his wife. Four weeks later the First World War began which would last four years and caused the death of almost ten million people all over the world. Any activities of Pacifists were officially prohibited.

Colin Archer: *Disarmament for Development and other Challenges in Contemporary Peace-Making*

Dear friends of peace,

It is a special pleasure to address you today in this venerable institution. I am thrilled that Vienna is commemorating in such an appropriate style the Nobel Peace Prize awarded to one of her most outstanding citizens, the Baroness Bertha von Suttner. Among her many achievements, she was a founder and a Vice-President of my own organisation, the International Peace Bureau, and she has a special place in the collective memory of the international peace movement.

*Diplomacy in History*

Vienna has of course a long history of diplomacy, and in the right hands diplomacy is one of the primary instruments of peace. Perhaps its brightest highlight was the Congress and Treaty of Vienna that marked the end of the Napoleonic wars. In their useful historical survey entitled '*Force and Statecraft*', the two American professors Gordon Craig and Alexander George make the following assessment of the Congress: "*In 1814-15, after almost 25 years of intermittent warfare, representatives of the European powers had been able to sit down together – in Metternich's phrase "as friends" – and to lay the foundations for a diplomatic system that worked effectively for 35 years, and after a period of reorganisation by war between 1854 and 1871, reasonably effectively for another 40. The war that brought that system to its calamitous end lasted only 4 years, but when it was over at last, and the belligerent nations came together in another great diplomatic congress, this time in Paris, their achievement fell far short of that of their predecessors at Vienna.*"<sup>2</sup> I am sure no-one here needs to be reminded of the sequel to the Treaty of Versailles.

*The Contribution of Bertha von Suttner*

---

<sup>2</sup>*Force and Statecraft: Diplomatic Problems of our Time*, Gordon A Craig & Alexander L George, 1995, Oxford Univ. Press.



Bertha von Suttner died just before the outbreak of the First World War and it was merciful that she did not witness the terrible suffering that ensued. But the 20th century needed her voice of reason even more than the 19th, and we need her desperately now as our young 21st century faces up to the enormous challenges ahead.

There are three strands in von Suttner's particular commitment that stand out for me:

1. Her resolute opposition to fanatical and irrational forms of nationalism and militarism.
2. Her belief that women can make a special and a powerful contribution to peace making, precisely because they are generally speaking not caught up in and even indoctrinated in, what we today call the Culture of Violence.
3. Her firm conviction that a well-organised and well-resourced peace movement could make a significant difference in transforming society from one based on violence and the constant threat of warfare into one based on tolerance and humanity.

These three principles have great relevance for the peace movement today. The world has changed enormously, but despite the extraordinary spread of globalisation, nationalism and its passions are alive and well, all too well. I was talking to a US professor in Geneva a few months ago about the nationwide frenzy of flag-waving seen so vividly in his country after 9/11, and he shook his head sadly and then muttered: "and for you in Europe, what it is about football, are you all crazy too?"

As for women, it should be evident that many of the great movements for social justice and peace have been fuelled and sometimes led by women. We don't need to read a list of them right now. But, as we see from the history of the Nobel Peace Prize and the famous Security Council resolution 1325 on Women, Peace and Security, recognition has come very late. The IPB has always put a high priority on supporting women peacemakers, and our efforts to promote the von Suttner centenary have clearly demonstrated that her message resonates with our 265 member organisations around the world. She is one of us.

Not least because she understood personally the practical difficulties of doing peace work. How hard it is to be taken seriously, or even to be heard at all. How difficult to get people in high places to take positions and defend the peace cause in the face of rampant militarism. And always, how challenging is the search for resources to finance the modest efforts of citizens. As we see from the panel displayed here from the official exhibition on her life, her relationship with Alfred Nobel was not just the exchange of high-minded philosophical concepts. She was constantly badgering him to contribute financially to the organisations that made up the peace movement. His response came much later and in his own special way: through the establishment of the Prizes. Incidentally, it is always a subject of comment, this irony that the inventor of dynamite should have set up the world's most prestigious Peace Prize. Actually I love the story, since it is such a dramatic illustration of two things: the folly of the deterrence theory (he really believed that by creating a big enough explosive he could put an end to war!) and the importance of converting military industry into peace-promoting investment. This is theme to which we shall return.

#### *Civil Society Efforts to End War*

Allow me to fast-forward in time to the present day. The IPB recently adopted a new - or perhaps not so new – motto: *For a World Without War*. The modern part is that in English it reads WWW...the traditional part is that it is a goal that millions have dreamed of, ever since human beings first started destroying each other in a systematic way. But how to reach it? Our two American professors suggest that four of the traditional means of avoiding war have largely failed:

1. religious and moral codes;
2. disarmament measures;
3. agreements to limit military operations, including, I presume, International Humanitarian Law; and
4. (interestingly) "doctrines designed to make war more efficient and thus to avoid unnecessary destruction" – no doubt a reference to the policy of 'surgical strikes'.

So if these four have failed (and that might be disputed), what can work? Craig and George put most faith in "pressure exerted by outside forces" and the existence of "a

viable international community and an accepted body of law and custom to guide and control it." In a single word, diplomacy.

But diplomacy is conducted primarily by governments and most civil society peace advocates have long ago lost their faith in the state to regulate war. We read our history books! The missing chapters of most traditional histories are those dealing with the efforts of civil society. To take just one example: this year 2005 happens to be the centenary of, among several other things – and I am not forgetting Einstein – the peaceful separation of Norway from its colonial ruler Sweden. This was in large part due to the efforts of the civil society: the peace associations, the labour movement and the organisations of women. They pulled their leaders back from the brink of war...and today a most unusual monument stands on the border to commemorate their efforts, half of it in Norway and the other half in Sweden. Did they tell you that in school? This is why peace education is so important, that young people grow up knowing that as ordinary citizens they can make a difference, that all does not depend on the governments, the generals, the bishops and the captains of industry.

But many will say that the 21st century will not belong to the inter-state wars and diplomatic dramas of the past but rather to the endless bloodbaths known as 'civil war' and 'terrorism'. So far, they seem to be right. Militarism is still with us, and in new, alarming forms. We have, all of us – diplomats, peaceworkers, politicians, analysts – painful challenges to face that are no less difficult or complex than those of the Cold War or the 19th century empires.

Allow me to tell you just a little about the IPB's new project, since we believe it will make its contribution. It does not tackle head-on the question of terrorism or the 'clash of civilisations', if there actually is such a thing. But we have decided to address something fundamental, and that is the war economy and the ways that weapons undermine sustainable development. At the root of much of today's resentment and sense of injustice that leads to desperate acts is a feeling that the rich and powerful West does not care, that it spends its wealth on all the wrong things, and that the poor, the destitute and the victims of military aggression are the ones who, time and again, pay

the price. Now this may not be a complete or a balanced picture, but it is felt that way by millions, and in some deep sense I fear it is true.

### *Background to the IPB Programme*

The IPB has a long tradition of work on disarmament, dating back to the Hague Peace Conference of 1899 which proved to be von Suttner's greatest moment of glory. We have worked on many different weapons systems (from nuclear to small arms) and on different aspects of our new programme is entitled Sustainable Disarmament for Sustainable Development. The international debate on the problems of sustainable development is intensifying. The media are constantly reporting the problems of trade, aid, debt, and governance; corruption, AIDS, and human rights, the oil crisis and climate change, and more besides. But disarmament questions are less visible. Except on Hiroshima Day, or when Iran or North Korea are accused, the peril of nuclear conflagration is rarely mentioned. True, the efforts of civil society and some governments to tackle landmines and small arms have been highlighted from time to time. But they tend to be marginalised in most 'state of the world' debates. What is almost entirely missing is the relationship between the two issues. And yet the connections between disarmament and development are not hard to see. No one can learn of the increase in annual world military spending to \$1000 billion<sup>3</sup> without imagining how this vast treasury could be used differently: to save lives, develop poor communities, protect the environment, promote renewable energy, and much more. And at the same time we see how weapons of all kinds – from depleted uranium and white phosphorus in Iraq, to anti-personnel landmines and small arms almost everywhere – harm communities in conflict zones, often decades after the hostilities are over. Finally there is a complex relationship between poverty, violence, weaponry, terrorism and conflict that can be summed in one word: security. The underlying issue in all these fields is how to ensure democratic, inclusive forms of sustainable development that can help reduce our resort to armaments, and increase our sense of security.

### *Disarmament and Development at the U.N.*

---

<sup>3</sup>Stockholm International Peace Institute, 2004 figures)

In the 1980s the disarmament-development relationship was a central concern of the United Nations. The UN organised a celebrated conference on this subject in 1987<sup>4</sup>. But since then the topic has been almost entirely neglected. Fortunately, the 2004 Report of the Group of Experts<sup>5</sup> to the UN General Assembly has revived it. The Report contains new elements (notably landmines and small arms) that were not part of the debate in the 1980s, yet which now represent important issues for civil society in many countries.

The key questions are these. How seriously will the report and the follow-up process be taken?; how hostile is the opposition from vested interests?; and – as so often – how vigorous is the civil society response? One of the recommendations in the UN Experts' Report is that civil society groups should take up these issues.

#### *Main Areas of Work*

IPB's adoption of the theme '*Disarmament for Development*' emerges from its focus on Human Security. Given the size of the challenge, we plan to undertake a substantial programme of work on this topic, beginning with an initial two-and-a half-year phase (from mid-2005 to end 2007). The programme was launched in October 2005 with the publication of a book called '*Warfare or Welfare? Disarmament for Development in the 21<sup>st</sup> Century: a Human Security Approach*'<sup>6</sup>. This volume summarises the factual and political background, and also profiles the work of our member groups. We have identified 3 main areas of work:

##### A. Military spending

Global military spending is rising dramatically, and is now at a level higher than the Cold War peak. Despite the huge public commitment to end poverty worldwide, military spending remains a taboo subject. The IPB's position is that the bulk of the resources devoted currently to militarism and war preparations need urgently to be re-directed to meet basic human needs. Just this week the United Nations has launched an appeal for \$4.7bn to help more than 30 million victims of war, famine and natural

---

<sup>4</sup> (A/CONF.130/39, via: <http://disarmament2.un.org/cab/d&d.html>)

<sup>5</sup> <http://disarmament.un.org/cab/d&d.html>

<sup>6</sup> 100pp, available from IPB Secretariat or at [www.ipb.org](http://www.ipb.org)

disaster. Jan Egeland, the UN emergency relief co-ordinator, commented: "*We are asking for exactly the amount of 48 hours of military spending in this world, or the equivalent of two cups of coffee per rich person.*" We're delighted that the UN has broken this taboo, but to actually change the situation we shall need to mobilise a very large constituency. To this end IPB proposes to do two things: (1) to assemble a global activist network to impact decision-making; and (2) to publish a Campaign Manual, drawing on the experience of various civil society and research organisations.

#### B. Weapons-related effects on development

We will look at four categories of weapons: (1) Landmines, explosive remnants of war, cluster munitions; (2) Small arms; (3) Larger conventional weapons; and (4) Depleted uranium. In each group there are possibilities for the development of partnerships between NGOs, official agencies and governments. On the one hand there is a need to secure funding for practical programmes to assist victims and to overcome the damage done to the environment and to communities through war. On the other, there is a need to intensify efforts to ban, cancel or remove weapons coming from outside the area. Thus each side in the partnership has a specific set of responsibilities and roles.

Now of course we shall not work alone. There are already well-established networks in each sector. IPB is a member of the International Campaign to Ban Landmines, the International Action Network on Small Arms and some other groupings. We see our project as a way to contribute to the work of these networks, and to offer an overall perspective.

#### C. Gender

Given the importance and growing understanding of the gender dimensions in both disarmament and development fields, IPB is committed to developing a clear gender-perspective in both its analysis and its practical work. In doing so we draw on the work of women's organisations in all these fields; and we hope to also develop some specific partnerships that emerge from our own work on women and peacemaking, including the Von Suttner commemorative programme.

*International Symposium*

The culmination of this first phase will be an international symposium in 2007, marking 20 years after the historic UN conference on Disarmament and Development. The purpose is to focus public attention on these issues and to help create, and to showcase, new North-South partnerships. The conference will be prepared through a number of smaller meetings in key cities. Perhaps one of these could be in Vienna?

To summarise, we can say that IPB's role in the coming years will be not so much a general peace networking body or umbrella, as it has been for over a century, but rather a programme-focussed institution connecting peace work with sustainable development. This is not itself diplomacy, but diplomacy comes into it: both at the governmental level and at the level of persuading organisations and individuals to pool their efforts to make an effective impact on militarism.

I hope that you will wish us luck! And I invite you to explore with us new ways to work together. Let's imagine a World Without War. Die Waffen nieder!

**Ruth-Gaby Vermot-Mangold: *Frauen für Frauen.1000 Peacewomen across the Globe***

Werte Zuhörerinnen und Zuhörer

*Die Idee*

Es ist kein Geheimnis: die Welt der Aufrüstung, der Kriegsbudgets, des Krieges ist die Welt der Männer, der Generäle, der Kriegshelden. Frauen hingegen übernehmen in der Regel die Verantwortung, die zerstörten Orte, die zerstörten Gesellschaften, die zerstörten und traumatisierten Menschen zu flicken. Frauen sind Trümmerfrauen, sie sind Flickarbeiterinnen an den rund 173 bestehenden Kriegsorten und in all den verheerten Gesellschaften dieser Welt. Ihnen stehen keine Millionenbudgets zur Verfügung – denn millionenschwere Friedensbudgets gibt es grundsätzlich nirgends – obwohl Politikerinnen und Politikern bewusst ist, dass die Aufbau- und Friedensarbeit, dass Heilungs- und Trauerprozesse in Kriegs traumatisierten Gesellschaften unendlich lange dauern und teuer sind. Teurer als Kriege, denn es dauert Jahre und Jahrzehnte, bis zerstörte, verängstigte, verletzte Menschen sich in einem neuen Friedensleben wieder zurecht finden.

Die Flickarbeit der Trümmerfrauen wird kaum öffentlich gemacht und wertgeschätzt. Der ehrenvolle Friedensnobelpreis ging bis heute an 81 Friedensmänner und nur 12 Friedensfrauen. Dass in diesem Jahr 1000 Frauen den Friedensnobelpreis erhalten sollen, ist daher eine selbstbewusste Provokation, unterstützt natürlich auch durch die Tatsache, dass vor 100 Jahren Bertha von Suttner als erste Frau den Friedensnobelpreis erhalten hat, sie forderte – auch sie selbstbewusst – „Nieder mit den Waffen!“ Wir müssen endlich aufhören, die Kriegswirtschaft und Kriegsbarone für ihr Kriegshandwerk zu belohnen und wir müssen fordern, dass die Friedensarbeit und die Friedensfrauen viel mehr die öffentliche Wertschätzung erhalten.

Aber blättern wir im Buch der „1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005“ zurück. Als Mitglied des Europarates und Sprecherin des Südkaukasus besuche ich in vielen Mitgliedstaaten Flüchtlingslager: in Azerbeidan und Armenien, in Bosnien-



Herzegowina, in Kosova, Serbien, und Tchetchenien, in Israel und Palästina: Dort treffe ich immer wieder mutige Friedensfrauen.

- Sie helfen verzweifelten Rückkehrer – Frauen, Männer und Kindern – mit Rat und Tat und Umsicht, sich in kriegszerstörten Orten der Angst und der Beklemmung wieder einen Weg „nach Hause“ zu bahnen.
- Sie lancieren runde Friedentische zwischen Serbinnen und Bosniakinnen, die sich feindlich sind. Die Frauen reden miteinander, damit nicht die Morde, die Gräueltaten, die systematischen Vergewaltigungen in den Seelen verbleiben. Sie suchen gemeinsam Wege für eine friedliche Koexistenz und gegen ein neues Srebrenica der Gräueltaten. Ringen um Friede und Versöhnung ist nur möglich, wenn die Tränen der Wut und der Trauer sichtbar werden.
- Sie setzen alles daran, damit die Personenminen geräumt werden, bevor ihre Kinder beim Spielen verstümmelt oder getötet werden. Minen sind die grausamsten hinterlistigsten Waffen gegen Kinder.
- Sie dokumentieren in Tchechenien minutiös und unter Lebensgefahr die Gewalt- und Foltermahle an jugendlichen Leichen, damit die Folterer und Gewalttäter sich niemals ungestraft davonstehlen können.
- Sie stellen sich in langen Protestketten stumm mit Plakaten den russischen Soldaten entgegenstellen und fordern den Abbruch der Kriegshandlungen.
- Sie bauen in Flüchtlingscamps kleine Krankenstationen, damit sie die kranken LagerbewohnerInnen, die unterernährten Kinder und die hoffnungslosen Jugendlichen behandeln können. Medikamente sind rar, denn Flüchtlinge und intern Vertriebene sind meist vergessene Menschen.
- Sie errichten in vernachlässigten Lagern in Azerbeijan, wo die Menschen nach Jahren noch in Eisenbahnwagen wohnen, Schulen, weil sie nicht wollen, dass die Kinder ohne Bildung aufwachsen.

Frauen sind eben Trümmerfrauen! Und ich habe die Gewissheit, dass diese mutigen Frauen die wirklichen Nobelpreisträgerinnen sein müssten.

*Die Idee nimmt Formen an*

Wir gründen einen Verein, organisieren ein kleines Sekretariat und schaffen mit eigenen und befreundeten Frauenorganisationen das internationale Team der regionalen Koordinatorinnen. Im Laufe der 3 arbeitsintensiven Jahre helfen viele Frauen und Männer mit ehrenamtlicher Arbeit, damit das Projekt eine Chance hat. Gemeinsam machen wir uns auf den Weg, der knapp drei Jahre dauern wird – nicht immer geradeaus wie dies eigentlich ein solches Projekt verlangt hätte, aber zielsicher und mit einigen schlaflosen Nächten und viel Energie.

Was in aller Welt ist denn überhaupt Friede? Wir brauchen ein Konzept, denn Friede, das ist uns allen klar, ist mehr als Abwesenheit von Krieg und Waffengewalt. Wir wählen das anspruchsvolle UNO-Friedenskonzept der menschlichen Sicherheit und Gerechtigkeit: Friede ist Konfliktbeilegung, Versöhnung, Bildung für alle, Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, Schutz vor Menschenhandel und Sklaverei, Zugang zu Land und sauberem Wasser. Friede ist die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, ist Friedensförderung, Meinungsfreiheit und Entfaltung. Friede ist Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung.

Mit diesem umfassenden Konzept machen wir uns auf die Suche der 1000 Friedensfrauen. Aber auch hier - welche Frauen sind denn nun wirklich Friedensfrauen? Wir erarbeiten gemeinsam mit dem internationalen Team strenge Kriterien: Wir suchen Frauen, die integer sind, deren Arbeit langfristig und nachhaltig ist. Wir suchen Frauen, die das Wohl der Gemeinschaft ins Zentrum stellen, die herausragend und mutig sind. Eitle korrupte und eigennützig Frauen wollen wir nicht.

Die drei Ziele des Projektes. Mit dem Friedensnobelpreis 2005 sollen 1000 Frauen – stellvertretend für Hunderttausende – für ihre gesellschaftlich wichtige Arbeit wertgeschätzt und ermutigt werden. Im Wissen jedoch, dass der Friedensnobelpreis eine große Hürde ist, beschließen wir noch zwei weitere Ziele: Die Friedensarbeit der Frauen soll sichtbar werden und ihre Strategien, Methoden und die Ergebnisse wissenschaftlich erforscht werden. Die Resultate dieser Forschung sollen in die Regierungsarbeit, in die internationalen Organisationen und die Zivilgesellschaften zurückfließen – weil Lernen von den Frauen angesagt ist.

Wir stellen unser Projekt zweimal dem Direktor des Nobel Instituts in Oslo vor. Er bringt uns viel Wertschätzung entgegen.

Woher das Geld nehmen? Frauenprojekte sind für wichtige Sponsoren nicht sexy, wir passen einfach nicht in die Sponsoringkonzepte von Großbanken oder von Firmen. Dies nehmen wir mit großer Frustration einmal mehr zur Kenntnis. Wie immer in solchen Projekten, müssen wir eine an Mutproben grenzende Kreativität entwickeln, denn immer wieder gibt es Finanzlöcher, die Zeit wird furchtbar knapp und die Ressourcen fehlen. So kreieren wir eine Friedensaktie zu 1000.- Fr. – wie im richtigen Leben sollen die Aktionärinnen und Aktionäre ein Buch als Dividende erhalten. Eigentlich kann man sagen, dass Kirchen, Hilfswerke, Frauen- und Friedensorganisationen und großzügige Stiftungen den größten Teil der Finanzen für das Projekt aufbringen. Die Schweizer Außenministerin Micheline Calmy-Rey glaubt seit Beginn an das Projekt, sie gibt uns eine großzügige Startfinanzierung und hilft immer wieder weiter.

1000 Frauen nominieren – aber wie? Mit den Koordinatorinnen und Wissenschaftlerinnen entwickeln wir ein Nominationsformular, das uns genügend Informationen, aber auch die Sicherheit gibt, dass die nominierten Frauen den beschlossenen Kriterien entsprechen. Das Formular muss – wieder eine Hürde – in unendlich viele Sprachen übersetzt werden, denn wir wollen ja nicht nur Englisch sprechende Friedensfrauen auf unserer Liste, sondern auch „grassroot“-Frauen und auch Frauen, die weder lesen noch schreiben können. Wir müssen sicherstellen, dass kein Missbrauch getrieben wird und dass wir alle Weltregionen erreichen. Die Formulare werden anschließend durch alle erreichbaren regionalen, nationalen und internationalen Netzwerke zu den Menschen geschickt.

Die Nominierungen können beginnen – und wir warten ziemlich unschlüssig! Wird unser Projekt ernst genommen, verstehen die Frauen in all den verschiedenen Kulturen, worum es geht, sind unsere Erklärungen und die der Koordinatorinnen verständlich, übersetzbar? Sie sind es, bei Nominationschluss im Frühjahr 2003 liegen uns rund 2000 Nominationen vor. Mit Hilfe von regionalen Advisery-Boards werden die

Nominationen gründlich überprüft. 1000 Frauen sollen auf der Liste an das Nobelpreiskomitee stehen. Wir wollen die Symbolik beibehalten. Am 31. Januar dieses Jahres reichen wir die „Bewerbung“ der „1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005“ beim Nobelpreiskomitee in Oslo ein, er wird mitunterschrieben von unserer Außenministerin Micheline Calmy-Rey.

### *Die Medien, das Buch, die Ausstellung*

Am 29. Juni 2005 geben wir an ca. 40 Pressekonferenzen rund um die Welt die Namen der nominierten Frauen bekannt – eine logistische Höchstleistung, bei der wir alle einmal mehr an unsere Grenzen kommen. Aber das Medienecho ist bemerkenswert, die Idee hat Chancen und erhält Sympathien. Die doch nicht unerhebliche Unsicherheit, ob wir die richtigen Frauen nominiert haben, erweist sich als unbegründet. In vielen Regionen werden die nominierten Frauen plötzlich sichtbar, gefeiert und ihre Arbeit ins Zentrum gestellt.

Verschnauftagen gibt es jedoch nicht, wir arbeiten Tag und Nacht am Buch und an der Ausstellung, die bei der Bekanntgabe des Nobelpreises vorliegen sollen. Hunderte von JournalistInnen, SchriftstellerInnen, LektorInnen, EditorInnen erklären sich – trotz wenig Geld und viel ehrenamtlicher Arbeit – bereit, die nominierten Frauen und ihre Tätigkeiten zu porträtieren. Fotos müssen eingefordert werden, Geld für professionelle Fotografen haben wir keines. Der Verlagsleiter rät uns zu einem „Fotoflohmarkt“. Die Frauen schicken uns Fotos, brauchbare – unbrauchbare. Wir wählen aus, koordinieren die Texte, loben, bemängeln, suchen das Gespräch und verdanken. Die Zeit rennt uns davon, der Verlag fordert ein! In kurzen 8 Monaten entstehen die Ausstellung und das großartige Buch der 1000 Peacewomen across the Globe. Die gleichnamige Ausstellung zeigt die 1000 Frauen, ihre Aussagen und Kurzbiographien. Die Ausstellung soll nun wandern: ins afrikanische Dorf, nach Wien, in die Weltstadt New York, nach Australien und Asien – die Welt soll gefälligst hinschauen!

Im Buch werden die Geschichten der 1000 Frauen erzählt, z.B.

- Von der chinesischen Ärztin, die nicht akzeptieren will, dass arme Leute ihr Blut für wenig Geld verkaufen, Blut, das anschließend ohne Kontrolle PatientInnen

übertragen wird. Sie kämpft gegen Korruption, Lügen und Aids, ihr Leben wird dadurch bedenklich erschwert.

- Von der deutschen Ordensschwester, die sich seit Jahren mit Mut, Wut und Kraft gegen den Menschenhandel stellt und sich um die Opfer dieser Verbrechen kümmert.
- Von der jungen Sudanesisin, die – selbst Opfer von sexueller Verstümmelung – mit List und langem Atem trotz Ausgrenzung und Verachtung durch ihre Gesellschaft in ihrer Region gegen dieses Verbrechen an den Mädchen kämpft.
- Von der Kurdin, die als Anwältin Frauen, die in Gefängnissen vergewaltigt werden vor Gericht vertritt. Dafür wird sie bedroht und muss immer wieder ihr Domizil wechseln.
- Von Anonyma, der Ungenannten. Viele nominierte Frauen können oder wollen ihre Identität nicht preisgeben aus berechtigter Angst vor Repression, vor Drohungen, Erniedrigung und Mord. Alle diese Frauenschicksale sind in die Geschichte von Anonyma integriert. Wenn Sie das Buch lesen, werden Sie sie irgendwo antreffen.

Die Geschichte der jungen 14-jährigen Tchetschenin steht nicht im Buch der 1000 Friedensfrauen. Aber ich muss sie erzählen: Julia hat jeden Morgen die Kinder aus den Löchern von Grosny geholt, weil Kinder eine Schule brauchen, wie sie sagt. Sie unterrichtet mit Strenge und Begeisterung. Irgendwann nach der Schule wird sie auf offener Strasse erschossen!

Dass die Geschichten der Friedensfrauen nun öffentlich sind, ist mein ganzer Stolz, denn diese Geschichten zeigen, dass es eine andere Friedensarbeit gibt, jene unbeirrbar, die sich oft auch bedingungslos gegen die offizielle Politik von Behörden, Regierungen und Kriegsparteien stellt. Diese Frauen zeigen, wie Friede geschaffen werden kann: mit Nachhaltigkeit, mit Widerstand, mit Intelligenz und manchmal mit dem Einsatz des Lebens. Es sind Frauengeschichten von Mut und ziviler Verantwortung.

*7. Oktober – der Friedensnobelpreis 2006 geht an...*

Zurück zum 7. Oktober – er ist für uns ein Moment der höchsten Spannung! Wir sitzen quer durch die Welt an unseren Computern – atemlos, telefonisch verbunden, mitten in der Nacht die einen, mitten am Tag die andern. Die Zeit schleicht – 10 Uhr 45 – der Friedensnobelpreis 2005 geht an die UNO-Atombehörde und ihren Direktor ElBaradei. Ein Aufschrei in den Telefonleitungen – die Enttäuschung ist groß! Wir haben klug entschieden, nicht nur auf den Preis zu setzen, sondern die nominierten Frauen sichtbar und ihre Arbeit öffentlich zu machen. Wir vergessen nicht, Herrn El Baradai zu beglückwünschen.

*Die Arbeit geht weiter – wir haben Ziele!*

Es gibt noch viel zu tun, denn noch immer gibt es Orte, Regionen, an denen die Friedensarbeit zwar besteht, aber nicht öffentlich vertreten werden darf. Noch immer sind mutige Frauen gefährdet und ihre Aktivitäten verboten, verfolgt. Es gibt noch immer Frauen, die aufgrund ihrer Friedensarbeit in Gefängnissen sind, die Folter, Gewalt und Verfolgung erleiden. Der Weg ist noch weit. Aus den Netzwerken der 1000 Frauen und ihrer Organisationen – Frauen arbeiten selten allein – ist mittlerweile ein unverzichtbares Friedensinstrument geworden, das konsolidiert werden muss. Eine interaktive Internet-Plattform soll geschaffen werden, damit die Frauen sich gegenseitig unterstützen können. Die Erfahrungen der Friedensfrauen sollen bei friedensrelevanten Aufgaben genutzt werden können. Das gilt auch für die Frage der UNO-Resolution 1325 die verlangt, dass Frauen in allen Friedensverhandlungen bei gezogen werden. Gemeinsam wollen wir die Staaten und Organisationen auffordern, diese Resolution umzusetzen. Die Resultate sollen Ende 2006 dem UNO-Generalsekretär und allen relevanten Frauen- und Friedensorganisationen überbracht werden.

1000 Friedensfrauen sollen nicht wieder in die Anonymität zurückkehren. Dafür tragen wir alle, die sich mit Friedensfragen befassen, die Mitverantwortung, denn Friedensarbeit beginnt immer wieder neu. Worum es geht, formuliert Kamla Bhasin, unsere indische Koordinatorin:

„Wir wollen diese riesige Welle der Gewalt stoppen... diese Gewalt, die unsere Verschiedenheit, unsere Menschenwürde, unsere Verbundenheit zerstört, diese Gewalt,

die unsere Flüsse und Seen und Böden vergiftet, diese Gewalt, die die Lebensgrundlagen der Menschen, Traditionen, Wissen und Glauben vernichtet. Wir wollen Kriege und Gewalt, die aus unersättlicher Gier entstehen, beenden, denn diese Kriege und diese Gewalt haben ehrwürdige, verwurzelte, sorgsame Menschen zu Bettlerinnen, Flüchtlingen, Migrantinnen, Terroristen, Kriminellen gemacht; haben Millionen in den Hunger und die Unsicherheit getrieben“.

Ich bedanke mich.

### **Fadila Memišević: *Mit der Wahrheit zur Versöhnung***

Das Dayton-Friedensabkommen hat den Krieg beendet und einen “kontrollierten” Frieden in Bosnien-Herzegowina hergestellt. Dieses Friedensabkommen beinhaltet aber nicht auch Bestimmungen über den Wiederaufbau des Vertrauens und über Versöhnung. Es wird schon sehr selten über Versöhnung gesprochen und wenn es dann auch erwähnt wird, sind dies meist Stimmen, die nicht von den verfeindeten Seiten kommen. Versöhnung bedeutet, dass die ehemaligen Feinde eine Grundlage für das Gemeinsame und ein neues Leben finden. Die Versöhnung ist so ein Prozess, in dem die Realität des Konfliktes in der Zukunftsperspektive behandelt wird.

Beim Versöhnungsprozess muss man bedenken, dass die Vergangenheit auf die Weise betrachtet werden muss, dass die lokale Gesellschaft und die Menschen, die in ihr leben, in die Zukunft mit dem Gesicht gewendet nach vorne und nicht nach hinten treten können. In diesem Fall ist Versöhnung die Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden. Sie tritt nicht isoliert von der Vergangenheit auf. Der Versuch, die Vergangenheit zu “beerdigen” ist im Regelfall ethisch inakzeptabel für ein Volk, welches einer ernsthaften Gewalt an Menschenrechten ausgesetzt war. Die Versöhnungsprozesse treten an die Vergangenheit und stellen Fragen über die Wahrheit. Sie muss dies klären: Was ist die Wahrheit – was ist geschehen?

Die Wahrheit muss immer ans Tageslicht treten, sogar dann, wenn die Gerechtigkeit formal nicht zufrieden gestellt werden kann. Die Wahrheit kann auch als Teil der Gerechtigkeit verstanden werden. Heute hat jedoch jeder Staat, entstanden durch den Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens seine eigene Wahrheit (außer Bosnien-Herzegowina, welches drei Wahrheiten hat) über die Ereignisse bezogen auf den vergangenen Krieg. So ist für Bosniaken Srebrenica okkupiert worden und es wurde ein Völkermord verübt, während Serben behaupten, es wäre nichts passiert und Srebrenica wäre befreit worden. Ein ähnliches Beispiel gilt auch für Vukovar oder den Konflikt im Kosovo oder die Militäroperation “Sturm - Oluja”. Die Verwandten der Vermissten und Getöteten werden oft über ihr Schicksal fragen, andere werden nur ungern darüber sprechen als etwas, für das sie persönlich keine Verantwortung tragen: Vertriebene



werden über ihr Leiden und ihren Verlust sprechen, während die “Anderen” sagen werden, dass niemand vertrieben wurde und dass sie “freiwillig gegangen” sind.

Aufgrund solcher Auffassungen ziehen wie die einen so auch die anderen ihre Schlüsse, bauen ihre Haltungen auf und machen Pläne. Deshalb wird die Frage des Minimums gemeinsamen Einverständnisses unter den verfeindeten Seiten darüber, was passiert ist, noch viele Jahre lang eine Herausforderung bleiben. Die Wahrheit steht nicht getrennt von der Versöhnung, sondern ist ein Aspekt der Versöhnung. Die Versöhnung ist ein außerordentlich großes, beinahe unerreichbares Ziel wie für den Einzelnen so auch für die Gemeinschaft, der der Einzelne angehört. Damit es wieder zu einer gründlichen Versöhnung unter den Menschen und den Völkern von Bosnien-Herzegowina, zum Bau von Brücken des Zusammenlebens unter den Nachbarn kommen kann, ist es notwendig, dass alle, die davon betroffen sind – konkret – die hiesige lokale Bevölkerung – sich gegenseitig akzeptieren und die gegenseitigen Unterschiede anerkennen. Die wahre Versöhnung setzt eine konkrete Schuld, den konkreten Schuldigen und das konkrete Opfer voraus. Deshalb sind wie die Schuld so auch die Verantwortung individuell und nicht kollektiv.

Kriegsverbrechen wurden von allen Seiten im Konflikt in Bosnien-Herzegowina und Kroatien begangen. Dies ist eine traurige Tatsache, die die Anklägerschaft und die Rechtspraxis des Tribunals in Den Haag autoritativer und mit mehr Gleichgewicht aufzeigen, als es die anderen internationalen Organisationen vermocht haben. Aber trotz dessen ist es die Realität, dass das Tribunal in der Praxis nur die bosnischen Serben für den begangenen Völkermord an den Bosniaken angeklagt hat. Nach Berichten von Tadeusz Mazowiecki, des Sonderberichterstatters für Menschenrechte für das ehemalige Jugoslawien, der von der UN-Menschenrechtskommission ernannt wurde, sind 80% aller Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen von serbischen Einheiten begangen worden.

Wir dürfen nicht die Tatsache vergessen, dass auch viele Serben Opfer des Krieges in Bosnien-Herzegowina waren. Dies sind jene, die missbraucht wurden oder gar jene, die geschwiegen haben, als ihre Mitbürger, Moslems und Katholiken, abgeführt und

liquidiert wurden. Dutzende Tausend junger Männer desertierten, um nicht zu Mittätern des Verbrechens zu werden. Andere haben sich Karadzics Truppen widersetzt und dies mit ihrem Leben bezahlt. Viele haben ihren bosniakischen Nachbarn bei der Flucht geholfen oder sie versteckt. Einige sind mit ihren nichtserbischen Verwandten in andere Länder gezogen. Sie haben das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen geteilt, oder sind in Städten wie Sarajevo, Tuzla, Bihac und anderen geblieben. Wir wissen nicht, wie viele Hunderte bosnischer Serben in der Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina durch General Mladics Granaten getötet wurden. Auch Serben in Sarajevo waren manchmal in einer ausweglosen Situation.

Im Versöhnungsprozess ist die Frage der Schuld unumgänglich. Für die begangenen Verbrechen tragen auf jeden Fall diejenigen, die die größte Macht hatten, auch die größte Verantwortung, und dies sind politische Führer. Die Schuld kann jedoch nicht so vereinfacht werden und man kann nicht einfach sagen, dass allein die Führer, einige von ihnen, Schuld haben und dass Tausende von den Ausführeern dazu gezwungen wurden. Wie diejenigen, die die Verbrechen befohlen haben, so sind auch diejenigen, die sie ausgeführt haben, schuldig. Ihre Identifikation sollte die Aufgabe für jedes Volk einzeln sein. Die Verantwortung für den Identifikationsprozess der Kriegsverbrechen ist nicht nur beim Tribunal in Den Haag. Die rechtliche Abrechnung oder Prozesse, die es zum Ziel haben, Kriegsverbrecher zu entdecken, zur Rechenschaft zu ziehen und sie zu bestrafen, tragen zur Wiederherstellung des sozialen Raumes bei, in dem sich die Heilung, der Wiederaufbau des Vertrauens und die Versöhnung abwickeln können. Solch ein Prozess wird mit dem öffentlichen Geständnis seitens der aktuellen Regierung eröffnet, in dem gesagt wird, dass Verbrechen begangen wurden und indem man eine Arena für die Individualisierung der Schuld schafft, die dann dem Opfer Befriedigung liefert und der positiven Entwicklung der Gesellschaft beiträgt.

Die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens hat auf diese oder jene Weise die Folgen der vergangenen Kriege gespürt. Millionen von Menschen waren organisierter Gewalt und ethnischer Säuberung ausgesetzt. Menschen in Lebensgefahr wurden vor eine Reihe unmöglicher "Entscheidungen" gestellt. Sie waren machtlos, frustriert, verwirrt und verzweifelt. Sie haben den Verlust von etwas

oder jemand Nahen erlebt, den Verlust der Möglichkeit des Entscheidens und der Kontrolle über ihr Leben, der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, soziale Schande, den Verlust der Ehre und Menschlichkeit, Probleme mit den Liebsten und Probleme mit Kindern. Kurz gesagt, Menschen sind unwiderruflich aus ihren Leben verschoben worden und das einzige, was viele von ihnen noch machen können, ist mit ihren Erinnerungen aufzustehen und ins Bett zu gehen. Das, was in den Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens geschehen ist, sollte man nicht als Tragödie, sondern als Verbrechen bezeichnen, welches allen die Verpflichtung gibt, an der Entdeckung und Bestrafung der Verbrecher zu insistieren und zu arbeiten. Die Bestrafung der Kriegsverbrecher stellt die Zufriedenstellung der Gerechtigkeit dar, ohne die es weder eine Heilung der Gesellschaft noch einen dauerhaften Frieden geben kann.

Mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens in Dayton kam es zum Waffenstillstand, es wurde jedoch kein wahrer Frieden geschaffen. Mehr als 80% der Vertriebenen und Flüchtlinge konnten noch immer nicht in ihre Häuser zurückkehren, die Hauptangeklagten für Kriegsverbrechen Radovan Karadzic und Ratko Mladic sind noch immer auf freiem Fuß, was diejenigen, die eine Politik des Hasses und des Misstrauens zwischen den Völkern schaffen, weiter ermutigt.

Wir arbeiten mit Frauen, weil Frauen die besten Moderatoren des Friedens und der Demokratie sind. In dieser Hinsicht gründeten wir die Union „FOKUS“ mit 40 Frauen-NGOs aus ganz Bosnien-Herzegowina (wie aus der muslimisch-kroatischen Entität – der Föderation so auch aus der serbischen Entität – Republika Srpska) mit dem Ziel der Beseitigung bestehender Barrieren wie auch der Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens, welches für den Aufbau der Zivilgesellschaft wie auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes notwendig ist.

An den gleichen Tisch brachten wir Mütter aus Srebrenica, die mit dem Fall dieser UN-Enklave alle ihre männlichen Familienmitglieder verloren haben, und serbische Frauen aus dem Gebiet von Srebrenica, Bratunac, Kravica und Skelani. Wir mussten große Mühe, Geduld und Wissen einsetzen, um jegliches Gespräch zwischen diesen Frauen zu eröffnen, da sie immer an die Frage der Vergangenheit zurückkehrten: Die serbischen

Frauen vermieden es, den Erzählungen über Verbrechen, die begangen wurden, zuzuhören und die bosnischen Musliminnen sprachen ständig über ihre Tragödie. Wir haben bereits betont, wie bedeutend es ist, die Vergangenheit zu akzeptieren, um die Beseitigung der bestehenden Barrieren wie auch den Rückhalt des gegenseitigen Vertrauens und die Versöhnung, welche eine Basis für ein gemeinsames friedliches Leben in Zukunft in ganz Bosnien-Herzegowina darstellen wird, zu erreichen.

Wir haben es erreicht, dass serbische Frauen aus der Republika Srpska die Verbrechen, die an ihren bosniakischen Nachbarn begangen wurden, verurteilen und sich für diese Verbrechen auch entschuldigen.

## **Dana Němcová: *Das Bild der Menschenrechte vor 1989 und danach***

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das heutige Symposium wird vom Gedenken an Bertha von Suttner getragen, eine Inspiratorin und die erste Friedensnobelpreisträgerin. Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, über die Menschenrechte in meiner Heimat vor und nach dem Wendejahr 1989 sprechen zu dürfen.

Ich wage vor diesem Expertenforum nicht, „Eulen nach Athen zu tragen“ und den unbestrittenen Zusammenhang zwischen der menschlichen Sehnsucht nach einem Leben im Frieden und dem Bedürfnis zu analysieren, die Menschenrechte und Bürgerfreiheiten zu definieren und sich zu deren Einhaltung zu verpflichten. Auch die Tschechoslowakische Sozialistische Republik hat 1968 begonnen, die aus beiden Internationalen Pakten über Bürgerliche und Politische Rechte sowie über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte hervorgehenden Vertragsverpflichtungen in ihr Rechtssystem schrittweise einzugliedern. Während des Prager Frühlings im Jahr 1968 hat die Europäische Menschenrechtskonvention eine bedeutende Rolle gespielt. Nach zwanzig Jahren des kommunistischen Terrors und der Leugnung jeglicher Rechte und Humanität sollten diese Dokumente dem Sozialismus „ein menschliches Antlitz“ verleihen. Das politische System hat unter dem Moskauer Diktat dieses Antlitz schnell wieder eingebüßt.

Die Rückkehr zur Totalität war für die reform- und linksdenkenden Bürger besonders schmerzlich. Bis 1970 war eine halbe Million der KPTsch-Mitglieder, die nicht bereit waren, der „Belehrung aus der Krisenentwicklung“ und der Rückkehr zum Polizeistaat zu folgen, von Säuberlingen betroffen. Die ersten Verhaftungen und politische Prozesse von 1969 bis Mitte 1972 haben die linke Opposition der jungen Intellektuellen aus verschiedenen Bewegungen zerstört; 47 Personen wurden für insgesamt 118 Jahre ins Gefängnis geschickt. Einer der ersten war Petr Uhl, ein späterer Aktivist der Charta 77 und Redakteur ihres Samizdat-Bulletins, damals verurteilt als Mitglied der Bewegung der revolutionären Jugend.

Den Zusammensturz der Gesellschaft zu einer passiven manipulierten Masse konnten nicht einmal die schockierenden Selbstopfer der Studenten Jan Palach, Jan Zajíc und weiterer, die erfolgreich vor der Öffentlichkeit verheimlicht wurden, verhindern. Der Widerstand wurde von einzelnen Intellektuellen getragen, für welche die Bürger- und Menschenrechte auch weiterhin das Wertvollste blieben und welche einen Dialog mit der Macht einforderten. Diese verhielt sich jedoch vollkommen pragmatisch und verzichtete auf jegliche Ideenarbeit. Durch die Emigration von 130.000 Spitzenexperten aus verschiedensten Bereichen öffnete sich ein riesengroßer Raum für Korruption und Opportunismus, die Ära des Konsumsozialismus hat begonnen. Die politische Macht befand sich nach 1973 voll in den Händen der Nomenklatur, welche für den geforderten Verzicht der Bürger auf die Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben einen gewissen Lebensstandard geboten und diesen als Lebenssicherheit ausgegeben hat. Unter dem permanenten Druck verzichtete die Bevölkerungsmehrheit aufs Nachdenken über Demokratie, Bürger- und Menschenrechte sowie über das Recht an sich. Die Menschen haben sich in die innere Emigration zurückgezogen, kümmerten sich nur mehr um ihr eigenes Leben bzw. verwirklichten sich in ihren kleinen Gärten, Wochenend- und Familienhäusern oder bei der Wartung ihrer Pkws.

Die Wertestruktur der Gesellschaft hatte fatale Schäden erlitten. In den Jahren 1974/75 überlebten nur informelle Gruppen von Intellektuellen aus den Reihen der Historiker, Künstler sowie Interessierten an Philosophie und Bildung in den so genannten „Hausseminaren“. Im vorigen Monat haben wir mit einem Theaterfestival den 20. Jahrestag der Uraufführung Havels Bettleroper (Žebrácká opera) gefeiert, die damals in einem Landgasthaus stattfand, wo sich isolierte Gruppen als Kern der künftigen Dissidenten trafen.

Am 23. Dezember 1975 hat die selbstsichere und arrogante Macht die internationalen Pakte ratifiziert und mittels der Kundmachung des Außenministeriums im Jahr 1976 in der Gesetzessammlung publiziert. Der Grund für diesen Schritt war zweifelsohne die internationale Situation, der Abschluss des Helsinki-Paktes, von dem der so genannte dritte Korb für die weitere Entwicklung im Bereich der bürgerlichen und

Menschenrechte am bedeutendsten war. Obwohl die mit Füßen getretenen Menschenrechte die schwächste Stelle der kommunistischen Regime waren, fühlte sich die selbstbewusste und durch existentielle, polizeiliche und gerichtliche Mittel erhaltene totalitäre Macht nicht bedroht. In der UdSSR und in Polen entstanden zu dieser Zeit schon die ersten Gruppen der Menschenrechtsschützer.

In der Tschechoslowakei des Jahres 1975 ist der vorbereitete Monsterprozess gegen den Underground zum unerwarteten Auslöser eines gemeinsamen Auftritts zahlreicher unabhängiger Denker geworden. Die Rockmusiker haben jahrelang ihre künstlerische Unabhängigkeit vorgelebt und sich auch nach der Verdrängung aus der öffentlichen Sphäre ihr originelles Schaffen und ihre Lebensweise erhalten können. Besonders resistent und für die Jugend und viele Intellektuelle anziehend war die Band Plastic People of the Universe. Eine weitere, ebenfalls sehr beliebte Musikband trat unter den Namen Dg 307 auf, der mit bezeichnendem Humor von der psychiatrischen Diagnose für anpassungsunfähige Individuen abgeleitet wurde. Der Polizeiapparat verfolgte mit wachsender Beunruhigung ihren sich friedlich und frei vergnügenden Fanclub und allmählich gelang es, diese Menschen zu einem politischen und gesamtgesellschaftlich gefährlichen Feind zu stilisieren. Die Verhaftung von mehr als 20 Personen rief eine Protestwelle der in- und ausländischen Vertreter der kreativen Freiheit hervor. Das Regime erschrak vor bekannten Namen sowie dem eigenen allzu offensichtlichen Fehler, nachdem auf den Gängen des Gerichtsgebäudes hunderte interessierte Bürger anzutreffen waren – der Prozess selbst war für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Dieser Musikgruppe ist es gelungen, die Auswirkungen der Unterdrückung zu minimieren und die Notwendigkeit weiterer Schritte gesellschaftlicher Selbstverteidigung vor Augen zu führen. Im Herbst wurden auf den Gängen des Bezirksgerichtes in der Karmelitská-Straße die Grundsteine zu jener Bürgerbewegung gelegt, die Anfang des Jahres 1977 als Charta 77 an die Öffentlichkeit trat.

Das Schicksal und die Gedanken der Charta 77 sind bestens bekannt, samt Repressionen und der Eskalation des Konflikts zwischen dem Gesetzestext und der Regimepraxis. Alle Teile der Staatsmacht lieferten ständig neue Argumente für eine berechtigte Kritik wegen Nichteinhaltung der internationalen Verpflichtungen. Durch die Tätigkeit der

Charta wurde das Regime seiner heuchlerischen Lügen überführt. Die Haltung dieser kleinen Gruppe erster Verteidiger der Bürger- und Menschenrechte wurde damals durch den Widerstandsethos gegen ein Leben in der Lüge getragen. Sie waren Ausdruck bürgerlicher Verantwortung, dem öffentlichen Interesse konkret und persönlich Vorrang zu geben vor dem eigenen Pragmatismus und der paralysierenden Angst. Die grundsätzlichen Texte von Prof. Jan Patočka, Václav Havel sowie weiteren, die sich der Philosophie dieser Bewegung verpflichtet fühlten, entstanden aus der „Solidarität der Erschütterten“ und weckten das moralische Bewusstsein, den Humanismus und den Mut zur Authentizität, eigener Identität und Wahrheit. Es war weder ein Fehler der Akteure der Charta, noch des auf ihr aufbauenden Komitees zum Schutz der ungerecht Verfolgten, dass sie nur einige hundert blieben. Unter diesem Blitzableiter erwachte eine neue Gesellschaftsstruktur mit Elementen politischer Forderungen, so wie sie später von weiteren Bewegungen formuliert wurden, wie z.B. von der Demokratischen Initiative, der Bewegung für bürgerliche Freiheiten, der Unabhängigen Friedensbewegung, den Tschechischen Kindern, der Erneuerung und anderen.

Die Charta 77 war eine Schule der Pluralität und wäre ohne die internationale Solidarität undenkbar gewesen. Sie hat sich zweifelsfrei um die Veränderung der Einstellung der Bürger und einer Studentengeneration verdient gemacht, die sich zur Verantwortung für das eigene und öffentliche Leben entschlossen haben. Schließlich waren die Demonstrationen für Bürger- und Menschenrechte Massendemonstrationen und die Macht der scheinbar Machtlosen hat die totalitäre Starre besiegt.

Die Demokratie ist ein politisches System, in dem Bürger- und Menschenrechte gedeihen. Sie stirbt aber ohne eine funktionierende bürgerliche Gesellschaft. Diese Gefahr sollte auch in der Gegenwart nicht unterschätzt werden. Und wenn es heißt, die ganze Macht soll den Politikern anvertraut werden, und ihr Mandat sei in freien Wahlen erworben worden, versteht man die Demokratie falsch. Die Bürger haben nicht nur ein Wahlrecht, sondern besitzen auch alle Bürger- und Menschenrechte, die durch Verfassung garantiert werden und die Qualität ihrer individuellen Leben sowie der ganzen bürgerlichen Gesellschaft bilden. Die Technologie der Macht und der Bürokratie verfügt über wohlbekannte Mechanismen zur Beherrschung der Bürger. Wir selbst



müssen die Zeichen des politischen Populismus, der Demagogie, des staatlichen Paternalismus, der Untätigkeit der Richter, aber auch die Arbeit der Polizei überwachen. Ebenso müssen wir unsere bürgerlichen Haltungen ununterbrochen reflektieren und ändern, denn auch in uns überleben die alten stereotypen Denk- und Verhaltensweisen, Misstrauen und Angst statt Offenheit und Mitverantwortung.

Die Regierung der Tschechischen Republik hat im Jahr 1998 die Funktion des Bevollmächtigten für Menschenrechte eingerichtet. Dieser bekleidet den Vorsitz im Rat für Menschenrechte, wohin sowohl Repräsentanten der Staatsverwaltung, als auch Vertreter von NGOs entsandt werden. Die Ratausschüsse konzentrieren sich auf verschiedenste Bereiche der Bürger- und Menschenrechte, einschließlich der Problematik der Minderheiten, Ausländer, des Umweltschutzes sowie auf die Überwachung der Rechtsentwicklung. Der Bevollmächtigte legt regelmäßig der Regierung Berichte über die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Pakt vor, der seinen Kontrollmechanismus geltend macht. Das neu errichtete Amt des Ombudsmannes befasst sich mit Problemen der Bürger, die im Bereich des Verwaltungsverfahrens auftreten können. Hunderte Nichtregierungsorganisationen und Vereine, in denen sich die Bürger seit 1989 wieder frei vereinigen können, erfüllen einen unverzichtbaren Dienst sowohl in der tschechischen Gesellschaft, als auch innerhalb der internationalen Gemeinschaft in den krisengeschüttelten Regionen der Welt.

Obwohl es nach der Euphorie der ersten Jahre in Freiheit den Anschein haben mag, dass die meisten Mitbürger wieder einfach nur ihr „Konsumleben“ leben, durchdringen die Wurzel der bürgerlichen Gesellschaft das ganze Land und bilden den Nährboden für das Wachstum und die Reifung der Früchte einer gesunden Demokratie – als solche kann man die Bürger- und Menschenrechte zweifellos bezeichnen. Wir sind der internationalen Solidarität dankbar und verbunden, weil sie uns geholfen hat, das Wertvollste wieder zu erlangen: das Leben in der Freiheit und die Achtung vor natürlichen Menschenrechten und der menschlichen Würde. Diese Werte wollen wir im Frieden weiter entwickeln, denn sie stellen eine zuverlässige Basis für die Verbreitung des Friedens in der ganzen Welt dar.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und allen Menschen guten Willens eine schöne Adventzeit.

## **Heinrich Neisser: *Rechtstaat und Menschenrechte: Grundlagen der Demokratie***

Rechtstaat und Menschenrechte sind unverzichtbare Grundsätze demokratischer Grundordnungen. Der moderne Verfassungsstaat verbindet in nahezu idealer Weise die Forderung, dass jedes staatliche Handeln in einem demokratischen Gesetz legitimiert sein muss, mit der Achtung der durch die Menschenrechte geschützten Sphäre jedes Einzelnen. Die Verknüpfung von Rechtstaatlichkeit mit den staatlichen Grundrechtsverpflichtungen hat die Notwendigkeit in den Vordergrund gerückt, wirksame Rechtsschutzsysteme zu schaffen. Politische Deklarationen reichen für die effektive Gewährleistung von Menschenrechten nicht aus; es bedarf eines wirksamen Systems der Rechtsdurchsetzung und des Rechtsschutzes. Das bedeutet die Verpflichtung zur Beschaffung von Beschwerdemöglichkeiten des Einzelnen gegen behauptete Menschenrechtsverletzungen. In vielen europäischen Demokratien wurde diese Aufgabe besonderen Institutionen, nämlich Verfassungsgerichten, übertragen.

Das Bekenntnis zur Demokratie ist stets auch mit dem Bekenntnis zu den Menschenrechten verbunden. Die Idee der Demokratie ist gleichsam die philosophische Grundlage der Menschenrechte.<sup>7</sup> Politische Freiheit ohne Mitgestaltungsrechte in öffentlichen Angelegenheiten degeneriert zur Worthülse. Sie ist untrennbar verbunden mit der Gewährleistung des aktiven und passiven Wahlrechtes, dem Petitionsrecht und dem Recht auf Gleichheit bei der Ämterzugänglichkeit. Politische Freiheitsrechte sind ebenso die Meinungs- und Informationsfreiheit, die Vereins- und Versammlungsfreiheit, aber auch die Weltanschauungs- und Religionsfreiheit. Gleichheit und Freiheit als fundamentale Gewährleistungen menschlicher Existenz können nur in der Demokratie gewährleistet werden. Sie begründen ein Recht auf Demokratie.

Durch den Rechtstaat hat die Menschenrechtsdemokratie ihre verfassungsrechtliche Vollendung erfahren. Im modernen Verfassungsstaat wurden Rechtsschutzsysteme geschaffen, in denen nicht nur Rechte und Pflichten des Einzelnen verankert sind,

---

<sup>7</sup> Vergleiche Ottfried Höffe, *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, 1999, 107ff. Zur Demokratisierung als Mittel für den weltweiten Schutz der Demokratie vergleiche ebenso Höffe, aaO 28.

sondern wo deren Durchsetzung durch adäquate Institutionen, im Besonderen durch unabhängige Gerichte gewährleistet ist. Sie reichen qualitativ weit über das hinaus, was vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen als „Staatsberichtsprüfungsverfahren“ etabliert wurde. Diese Verfahren sehen eine Berichtspflicht für Staaten vor, die über den Stand, vor allem aber auch über die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Menschenrechtsverpflichtungen Auskunft geben sollen. In den meisten Berichten fehlt allerdings eine selbstkritische Darstellung der Menschenrechtspraxis in den Staaten. Die Berichtspflicht wird eher als lästige Vertragspflicht empfunden, die meist als Rechtfertigung der bestehenden Menschenrechtspraxis verstanden wird.<sup>8</sup>

#### *Die Internationalisierung der Menschenrechtsentwicklung*

Die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte hat deutlich gemacht, dass Menschenrechte als Auftrag nicht nur im Bereich von Staaten umzusetzen sind, sondern internationale Bemühungen gleichsam als Katalysator für innerstaatliche Entwicklungen wirken. Menschenrechte können nicht mehr unter Hinweis auf innerstaatliche Autonomie und mit dem Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten eingegrenzt werden. Ihr universeller Charakter hat zur Folge, dass sie auch auf überstaatlicher Ebene gewährleistet und durchsetzbar gemacht werden müssen.

Der nach dem Zweiten Weltkrieg beginnende Prozess der Internationalisierung der Menschenrechtsentwicklung führte dazu, dass wesentliche Impulse der Staatengemeinschaft die Menschenrechtsentwicklungen in den einzelnen Staaten beeinflussen. Er fand einen ersten Höhepunkt in der von den Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 beschlossenen „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, die Ausdruck eines neuen Universalismus im Grundrechtsverständnis der Menschenrechte war. Damit wurde auch die Gliederung der Aufgaben des Menschenrechtsschutzes in dreifacher Weise begründet: Formulierung eines Programms, Definition und Kodifizierung verbindlicher Rechte sowie die Durchsetzung der Menschenrechte.<sup>9</sup> Die

---

<sup>8</sup> Manfred Nowak, Einführung in das internationale Menschenrechtssystem, 2002, 111.

<sup>9</sup> Vergleiche Karl Josef Partsch in: Rüdiger Wolfrum (ed.): The United Nations: Law, Policies and Practice, Dordrecht München 1995, 546ff.

wirksame Durchsetzung menschenrechtlicher Verpflichtungen war stets ein sensibler Bereich. Sie fand – wie bereits erwähnt – im System der Vereinten Nationen lediglich durch ein Verfahren zur Prüfung von Staatenberichten ihren Niederschlag.<sup>10</sup> Weitaus effektiver erwies sich die Menschenrechtsentwicklung im regionalen Bereich, wo der Europarat mit der Europäischen Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten einen grundrechtspolitischen Markstein setzte.<sup>11</sup> Mit dem Instrument der Individualbeschwerde eröffnete sie den BürgerInnen eine wirksame Beschwerdemöglichkeit. Sie beeinflusste darüber hinaus in einem erheblichen Maße die Grundrechtsentwicklung innerhalb der Europäischen Union. Die Schrittmacherfunktion des Europarates wurde auch in der Entwicklung sozialer Grundrechte sichtbar. Mit der in Turin am 18. Oktober 1961 unterzeichneten Sozialcharta wurde ein System sozialer Grundrechte geschaffen, das zwar keine unmittelbare rechtliche Verbindlichkeit entfaltete, aber als politische Verpflichtung durch einen „Europäischen Ausschuss für soziale Rechte“ überwacht wird.<sup>12</sup> Auch diese Charta beeinflusste die Entwicklung der Grundrechte in der Europäischen Union. Man kann ohne Übertreibung feststellen, dass die Entstehung eines europäischen Grundrechtsbewusstseins ohne die Leistungen des Europarates nicht möglich gewesen wäre.

### *Die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union*

Ansätze einer Menschenrechtspolitik im europäischen Integrationsprozess sind seit den frühen 60iger und 70iger Jahren des 20. Jahrhunderts erkennbar. Vor allem die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes hat relativ frühzeitig die Relevanz von Grundrechten als Teil allgemeiner Prinzipien der europäischen Rechtsgemeinschaft in den Vordergrund gerückt. Durch sie wurde auch eine enge inhaltliche Verknüpfung mit den in der Europäischen Menschenrechtskonvention<sup>13</sup> verankerten Freiheitsrechten hergestellt. Artikel F Abs. 2 des Vertrages von Maastricht über die Europäische Union

---

<sup>10</sup> Vergleiche Anmerkung 2.

<sup>11</sup> Die Europäische Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten wurde am 14. November 1950 in Rom unterzeichnet. Sie trat am 3. September 1953 in Kraft, nachdem ihr zehn Staaten beigetreten waren. Sie wurde durch zahlreiche Zusatzprotokolle weiterentwickelt.

<sup>12</sup> Vergleiche Josef Cerny, Sozialpolitik durch Grundrechtsreform?, in: Dimensionen und Perspektiven des Rechts, Festschrift für Wilhelm Rosenzweig (1988), 51ff.

<sup>13</sup> Die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist ein verbindlicher Grundrechtskatalog für die Mitgliedstaaten des Europarates.

machte diesen Konnex explizit: „Die Union achtet die Grundrechte, wie sie in der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechtes ergeben.“

Eine wortidentische Formulierung ist in der durch den Vertrag von Amsterdam erfolgten Neunummerierung der Vertragsbestimmungen nunmehr im Artikel 6 Abs. 2 des Unionsvertrages enthalten. Da die Bestrebungen, dass die Europäische Union der Menschenrechtskonvention als Vertragspartner beitrifft, nicht verwirklicht werden konnten, beschloss der Europäische Rat von Köln am 3./4. Juni 1999 durch ein eigenes Gremium den Entwurf einer Grundrechtscharta ausarbeiten zu lassen. Diese Arbeit wurde durch einen so genannten „Konvent“ geleistet. Am Vorabend des Gipfeltreffens von Nizza wurde am 7. Dezember 2000 die „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ feierlich verkündet.<sup>14</sup>

Mit dieser Entwicklung hat die Europäische Union einen wesentlichen Schritt zu einer Grundrechtsgemeinschaft getan – sie ist eine Grundrechtsgemeinschaft geworden: ihre Organe sind zur Beachtung kodifizierter Grundrechte verpflichtet. Allerdings fehlt der Grundrechtscharta bis heute eine rechtliche Verbindlichkeit. Im Rahmen der Debatte über einen europäischen Verfassungsvertrag erzielte man zwar einen Konsens, die am 7. Dezember 2000 feierlich verkündete Grundrechtscharta als rechtlich verbindlichen Teil einer europäischen Grundordnung aufzunehmen, doch haben die fehlgeschlagenen Ratifikationsbemühungen um die Europäische Verfassung diesen Schritt wieder in Frage gestellt.<sup>15</sup>

Die Grundrechte sind ein essentielles Element im Wertekanon der Europäischen Union. Sie bestimmen nicht nur die Binnenstruktur der europäischen Einigung, sie wirken auch nach außen. Die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ ist ein Ziel der

---

<sup>14</sup> Sie wurde im Amtsblatt der Europäischen Union unter ABI C364/1 verlautbart. Zu den Diskussionen im Konvent vergleiche im Besonderen Stefan Barriga, Die Entstehung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Baden-Baden 2003.

<sup>15</sup> Der gesamte Text der Charta wurde als Teil II in den Verfassungsvertrag übernommen.

Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.<sup>16</sup> Seit dem Vertrag von Nizza ist die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten explizit ein wesentliches Prinzip in der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit Drittländern.<sup>17</sup>

### *Menschenrechte im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit*

Sicherheit und Freiheit stehen in einem schwierigen Verhältnis zueinander. Freiheit ist ohne funktionierenden Rechtsstaat nicht möglich. In einer Zeit politischer Veränderungen ist die zentrale Bedeutung des liberalen Rechtsstaates in besonderer Weise gefordert. Sie offenbart sich in der Ordnungsaufgabe, Grund- und Menschenrechte zu schützen und Sicherheit zu gewährleisten. Der Ruf nach Ordnung gewinnt an Attraktivität. Er verleitet geradezu dazu, dem Verlangen nach Ordnung und Sicherheit Priorität zu verleihen und die Schutzaufgabe gegenüber den Grund- und Freiheitsrechten als zweitrangig anzusehen. Die Bedenken nehmen zu, dass mit der internationalen Terrorismusbekämpfung der Rechtsstaat gefährdet und ein Abbau von Bürgerrechten zu befürchten sei sowie Grund- und Freiheitsrechte auf der Strecke bleiben. Die Debatte über dieses Spannungsfeld findet vor allem in jenen Ländern statt, in denen besondere Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung getroffen wurden. Dies ist in den USA im Zusammenhang mit dem viel zitierten „Patriot Act“ der Fall, ebenso aber auch in den Vereinigten Königreichen sowie in Frankreich und in Deutschland.

Das Unbehagen ist nicht schwer auszumachen. Scheibchen um Scheibchen wird von unseren persönlichen Freiheiten mit dem Argument abgeschnitten, dass dadurch mehr Sicherheit garantiert wird. Das Gleichgewicht zwischen bürgerlicher Freiheit und polizeilicher Sicherheit wird empfindlich gestört. Die Herausforderung unserer Zeit besteht darin, ein Gleichgewicht zwischen den Erfordernissen der Sicherheit und dem Schutz der Menschenrechte zu finden. Es kann keine Freiheit ohne Sicherheit geben.

---

<sup>16</sup> Artikel 11 Abs 1 des Unionsvertrages erwähnt unter den Zielen der GASP unter anderem „die Entwicklung und Stärkung von Demokratie- und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“.

<sup>17</sup> Artikel 181a des Europäischen Gemeinschaftsvertrages regelt die Grundsätze über die „wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern“ und führt dazu im zweiten Teil des Absatzes 1 Folgendes aus: „Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel der Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaates sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.“

Andererseits muss man lernen, Sicherheit zu produzieren ohne Freiheit und Rechte zu opfern.<sup>18</sup> Gelingt dies nicht, haben die Terroristen ihren ersten Sieg errungen.

### *Gefährdungszonen der Menschenrechte*

In der gegenwärtigen Diskussion über die Menschenrechte werden einige Fragen thematisiert, die für die Entwicklung von besonderer Sensibilität sind. Sie betreffen Grundfragen des modernen Menschenrechtsschutzes und machen im Besonderen jene Spannungsfelder sichtbar, in denen sich die heutige Menschenrechtspolitik befindet. Ich möchte dies anhand von drei Beispielen veranschaulichen.

#### 1. Debatte über eine Lockerung des Folterverbots

Das Verbot der Folter ist in mehrfacher Weise auf internationaler Ebene verankert.<sup>19</sup> Es ist absolut, das bedeutet schrankenlos, und kann nicht durch moralisch mögliche Rechtfertigungsgründe relativiert werden. Im Rahmen der Terrorismusbekämpfungsdebatte wurde in manchen Ländern nicht nur von politischer Ebene aus, sondern auch durch Vertreter der Wissenschaft die Frage aufgeworfen, ob eine Einschränkung des Folterverbotes gerechtfertigt werden kann, wenn dadurch lebenswichtige Informationen für die Vereitlung von Terroranschlägen erzwungen werden können.

Die Komplexität dieses Themas macht es nicht möglich, hier auf alle Perspektiven einzugehen. Im Grundsätzlichen kann man jedoch festhalten, dass diese Diskussion überaus gefährlich ist. Das Folterverbot ist absolut, es enthält eine absolute Wertentscheidung zugunsten des Schutzes der physischen und psychischen Integrität und kann nicht durch staatliche Rechtfertigungsstrategien eingeschränkt werden. Relativierungsversuche angesichts der klaren Ächtung der Folter sind nicht vertretbar. Vor allem ist auch die Frage zu stellen, wo hier die Grenzen zu ziehen wären.

---

<sup>18</sup> Vergleiche José Manuel Barroso und Franco Frattini: Zwischen Sicherheit und Schutz der Menschenrechte in: Wiener Zeitung vom 16. Juni 2005, 4.

<sup>19</sup> Siehe die Konvention gegen die Folter und andere grausame unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1984, sowie die Europäische Konvention zur Verhütung der Folter, vom Europarat am 28. November 1987 verabschiedet. Des weiteren auch Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 4 der Grundrechtscharta der Europäischen Union.



Menschenrechte – und das gilt im Besonderen auch für das Folterverbot – sind Faktoren der Glaubwürdigkeit der Demokratie in Konkurrenz zu totalitären Regimes. Debatten wie etwa über mögliche Einschränkungen dieses Folterverbotes, werden zu einem Glaubwürdigkeitsproblem der demokratischen Gesellschaften.

2. Das bereits vorhin angesprochene Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit führt zu einer besonderen Gefährdung mancher Grundrechtsbereiche. Dies wird am Beispiel des Datenschutzes deutlich. Das individuelle Recht jedes Einzelnen auf Schutz seiner personenbezogenen Daten ist durch Entwicklungen der modernen Informationstechnologie und durch enorme Kapazitäten im Bereich der Datensammlung und Datenverarbeitung bedroht. Die im Kampf gegen den Terrorismus möglichen Überwachungssysteme implizieren tief gehende Eingriffe in die Persönlichkeitsphase des Menschen. Sie verlangen daher eine eingehende Überprüfung der geplanten Methoden auf deren Vereinbarkeit mit den Grundsätzen des Datenschutzes und ein wirksames Monitoring bei der Anwendung dieser Instrumente.<sup>20</sup>

3. Das Ringen um die Einsetzung des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) ist ein eindrucksvolles Beispiel für den Konflikt zwischen Notwendigkeiten einer überstaatlichen Menschenrechtspolitik und nationalen Machtinteressen. Die Internationale Staatengemeinschaft kann fundamentalen Rechtsverletzungen nicht mehr tatenlos zusehen. Politische Deklarationen sind zu wenig. Der Schutz der Menschenrechte muss auch international wirksam werden. Die unvorstellbaren Gräueltaten kollektiver Massenmorde und die organisierten Verbrechen zur Auslöschung ganzer Völkerschaften haben die Idee einer internationalen strafrechtlichen Instanz gefördert, die zumindest im Nachhinein flagrante Menschenrechtsverletzungen brandmarken soll.

Die Verwirklichung der Idee eines IStGH war mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. Das Statut dieses Gerichtshofes – ein völkerrechtlicher Vertrag – wurde am 17. Juli 1998 in Rom unterzeichnet. Nach der erforderlichen Zahl von Ratifikationen (nämlich 60) trat es am 1. Juli 2002 in Kraft und ist die Grundlage einer Einrichtung in

---

<sup>20</sup> Dazu zählen etwa Datenschutzbeauftragte und Datenschutzkommissionen in den Staaten. Auf europäischer Ebene spielt die Europäische Konferenz der Datenschutzbeauftragten eine zunehmende Rolle.

Den Haag, die kein Ersatz einer Nationalstrafgerichtsbarkeit, sondern eine Ergänzung dazu darstellt. Er ist ein bedeutendes völkerrechtliches Instrument zur Ahndung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Seine Zuständigkeit erstreckt sich auf das Gebiet und die Bürger von Staaten, die sich seinem Statut unterworfen haben.

Der IStGH ist Ausdruck der Herrschaft des Rechts in den internationalen Beziehungen. Staatliche Souveränität bietet keinen Schutzschild mehr für die Verantwortlichen, sie ist keine Sicherheit mehr für die Täter. Die Etablierung einer Völkerstrafgerichtsbarkeit ist essentiell, sie offenbart allerdings auch die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Rechtssystemen. Die USA, die die Zuständigkeit dieses Gerichtshofs für die eigenen Staatsbürger ablehnen, unterzeichneten zunächst das Statut. Präsident Bill Clinton unterschrieb es, Präsident Bush zog seine Unterschrift zurück.

Der IStGH ist zweifellos eine große Errungenschaft, doch soll nicht verkannt werden, dass auch nicht angenehme Entwicklungen eintreten können. Die Gefahr einer Verpolitisierung ist zweifellos gegeben. Entscheidend ist die Glaubwürdigkeit des Gerichtshofs, der sich nicht zu flexibel zeigen darf. Er ist mit enormen Herausforderungen und politischen Widerständen gewisser Länder konfrontiert. Der IStGH verfügt über keine eigene Polizei, die für ihn Erhebungen und Festnahmen durchführt. Auch die Suche nach Zeugen gestaltet sich schwierig. Die Mitarbeiter des Gerichtshofes sind mit großen Sicherheitsproblemen konfrontiert. Alle diese Schwierigkeiten können jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass der weltweite Kampf gegen die Straflosigkeit durch die Tätigkeit des IStGH Konturen gewinnt.

### *Menschenrechte und Zivilgesellschaft*

Die Herausforderungen eines wirksamen Menschenrechtsschutzes sind in der Debatte der vergangenen Jahre um eine wichtige Dimension bereichert worden. Diese bezieht sich auf die Rolle der Organisationen, die die Zivilgesellschaft repräsentieren. Die Zivilgesellschaft versteht sich neben dem Staat und dem Markt als „dritter Sektor“, in dem sie nach den Grundsätzen der Eigeninitiative und Selbstorganisation in einem

vielfältigen System der Vernetzung tätig ist und ein zunehmend stärkeres Element in der partizipativen Demokratie bildet.<sup>21</sup> Im Bereiche der Menschenrechte spielen Nicht-Regierungsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch eine substantielle Rolle als Mahner der Einhaltung der Menschenrechte. Sie sind gleichsam Katalysatoren für die Wachsamkeit des Staates und der Gesellschaft in Menschenrechtsfragen geworden und bilden damit vor allem in der öffentlichen Meinung einen Gegenpol zum politischen Opportunismus in Menschenrechtsfragen. Sie sind eine gesellschaftliche Bewegung geworden, mit dem Ziel einer bedingungslosen Anerkennung von Bürger- und Freiheitsrechten. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass alle bedeutenden Bewegungen, wie die Sklavenbefreiung, die Arbeiterbewegung, die Frauenbewegung oder die Migrationsbewegungen im Gefolge von Kriegen, im Laufe der Geschichte wesentliche menschenrechtliche Fortschritte gebracht haben.

Eine stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen (vor allem von NGOs) in die Menschenrechtspolitik von Staaten aber auch von internationalen Organisationen verlangt eine institutionelle Verstärkung dieses Dialogs zwischen den staatlichen Einrichtungen und den Repräsentanten der Zivilgesellschaft. Für Österreich wäre die Errichtung einer „Stiftung für Menschenrechte und Grundfreiheiten“ zu überlegen. Sie sollte eine Plattform zwischen den mit Menschenrechtsfragen befassten innerösterreichischen Institutionen sein und ebenso als Partner zu vergleichbaren Gremien in anderen Staaten (z. B. Menschenrechtsinstitute) in Erscheinung treten. Ihre Aufgaben sind klar zu definieren. Sie umfassen

- die Betrachtung der Menschenrechtssituation im eigenen Lande,
- die Mitwirkung an der Berichterstattung an die zuständigen internationalen Gremien,
- die Beratung von Verwaltung, Politik und Unternehmen in Menschenrechtsfragen sowie
- die Mitwirkung in Bildung und öffentlicher Information.

---

<sup>21</sup> Vergleiche Emil Brix (Hg), *Civil Society in Österreich*, 1988.

Die letzt genannte Funktion würde auch der Menschenrechtsbildung in Österreich neue Impulse verleihen. Diese Aufgabe, die schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 angesprochen wurde, bezweckt die Schaffung eines kulturellen Bewusstseins für Menschenrechte und trägt damit zu deren Stärkung bei. Diese Menschenrechtsbildung umfasst verschiedene Dimensionen, die von der reinen Wissensvermittlung über moralisch ausgerichtete Kommunikationen bis zu einer Persönlichkeitsentwicklung, die ein Umdenken in Menschenrechtsfragen bezwecken, reichen.

Die Zivilgesellschaft enthält viele Ressourcen und Möglichkeiten, um das Anliegen der Menschenrechtsbildung zu intensivieren. Ihre Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung eines sozialen Gefüges einer Gesellschaft sind enorm. Das wurde schon in der Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen in Wien im Jahr 1993 hervorgehoben, wo in Empfehlungen an die Mitgliedstaaten eine stärkere Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgesehen war.<sup>22</sup>

Die Verwirklichung der Idee einer Menschenrechtsstiftung in Österreich würde letztlich auch dem Trend in der Europäischen Union entgegenkommen, die in Österreich ab dem Jahr 2007 eine Menschenrechtsagentur einzurichten, beabsichtigt. Diese soll nach den Vorstellungen der Kommission aus dem bereits in Wien ansässigen Europäischen Beobachtungszentrum für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eingerichtet werden und die Anwendung der Leitideen der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten wirksamer machen. Die Schaffung einer derartigen Institution wäre jedenfalls ein Schritt zu einer größeren Glaubwürdigkeit in der europäischen Menschenrechtspolitik.

---

<sup>22</sup> Vergleiche Manfred Nowak, Die Rolle von NGOs zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes, in: Heinrich Neisser (Hg), Menschenrechte als politischer Auftrag 1993, 257ff.

## Die Vortragenden

**Ursula Plassnik** (\*1956), Studium der Rechtswissenschaften in Wien, Post Graduate Diplom des Collège d'Europe in Brügge (Belgien). 1981 Eintritt ins Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. Von 1997 bis 2000 Kabinettschefin von Vizekanzler und später Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Seit 20. Oktober 2004 ist Plassnik Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreichs.

**Jiří Gruša** (\*1938) studierte Philosophie und Literatur an der Prager Karls-Universität. Gründer des ersten nicht-kommunistischen literarischen Magazins Tschechiens „Tvar“ im Jahr 1964, Teilnehmer am Prager Frühling 1968 und Mitunterzeichner der Charta 77. Autor und Übersetzer zahlreicher Bücher. 1997 wurde Gruša Minister für Erziehung, Jugend und Sport der Tschechischen Republik, von 1988 bis 2004 Botschafter Tschechiens in Österreich. Seit 2004 ist Gruša Präsident des Internationalen PEN-Clubs, seit April 2005 Direktor der Diplomatischen Akademie Wien.

**Johannes Kyrle** (\*1948) studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Seit 1973 im österreichischen auswärtigen Dienst tätig (1985-1996 stellv. Leiter des Kabinetts des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten, gleichzeitig seit 1991 Österreichischer Botschafter im Fürstentum Liechtenstein mit Sitz in Wien; 1997-2002 Protokollchef). Seit Januar 2002 ist Kyrle Generalsekretär im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten.

**Maria Rauch-Kallat** (\*1949) legte 1967 die Lehramtsprüfungen in Englisch, Russisch, Geografie, Wirtschaftskunde und Leibesübungen ab und war im Anschluss daran bis 1983 Hauptschullehrerin in Wien-Favoriten. Ab 1984 aktive Politikerin (u.a. 1992/1995 Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie, 1995-2003 Generalsekretärin der Österreichischen Volkspartei). Seit Februar 2003 Bundesministerin für Gesundheit und Frauen. Daneben u.a. Gründungsmitglied der politischen Akademie für Frauen ALPHA (Hildegard-Burjan-Institut), der MÖWE (Verein gegen Gewalt und Kindesmissbrauch) und der „Lobby für Kinder“.

**Brigitte Hamann** (\*1940) studierte Geschichte und Germanistik in Münster und Wien. Sie veröffentlichte zahlreiche Bücher zur österreichischen Geschichte, u.a. „Elisabeth, Kaiserin wider Willen“ (1981), die Biografie der Pazifistin und ersten Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner (1986), das inzwischen zum Standardwerk gewordene „Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators“ (1996) als auch „Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth“ (2002). Hamann lebt und arbeitet als freie Historikerin in Wien.

**Colin Archer** (\*1952) studierte European languages und Development Studies in Großbritannien. Seit den frühen 1970er Jahren Friedens- und Menschenrechtsaktivist (u.a. Lateinamerika und Karibik). Von 1976 bis 1983 war Archer Leiter eines Third World Centre in Manchester. Mitbegründer des Institutes for Law and Peace. Seit 1990 Generalsekretär des International Peace Bureaus mit Sitz in Genf. Autor und Herausgeber mehrerer Bücher zur Friedensarbeit und -erziehung.

**Ruth-Gaby Vermot-Mangold** (\*1941) Ethnologin, Mitinhaberin des Büros Hekate, Stadträtin, seit 1995 Schweizer Nationalrätin, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Vermot-Mangold beschäftigt sich vorrangig mit den Themen Asyl- und Migrationspolitik, Integration von AusländerInnen, Einbürgerungen, Menschenrechte als gesellschaftliche Grundlage, Außenpolitik (Kriegs- und Krisengebiete), Entwicklungszusammenarbeit, Menschen-, vor allem Frauen- und Kinderhandel, Organhandel, Kinderschutz (Kinderpornographie im Internet, Gewalt gegen Kinder), Gewalt im häuslichen/sozialen Umfeld, Gleichstellungspolitik (Frauen und Arbeit, gleichgeschlechtliche Partnerschaften), Familienpolitik (Besteuerung und Status von Einelternfamilien), Drogen- und Präventionspolitik. Sie ist Präsidentin der Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz, Präsidentin des Vereins „1000 Friedensfrauen weltweit“ (Anwärter auf den Friedensnobelpreis 2005) und Vorstandsmitglied von Kinderschutz Schweiz.

**Fadila Memišević** ist Historikerin und Vorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker in Bosnien-Herzegowina, Mitglied der UN Kommission gegen die Diskriminierung von Frauen und Mitbegründerin des Dokumentationszentrums der

Kriegs- und Genozidverbrechen in Zenica. Memisevic wurde 1996 mit dem Friedens- und Menschenrechtspreis der Swiss Foundation ausgezeichnet. Ein Hauptaugenmerk ihrer Arbeit richtet sich auf die Unterstützung der Witwen von Srebrenica, Opfer von Vergewaltigung und Folter in den Konzentrationslagern des ehemaligen Jugoslawien und auf die Integration von Roma.

**Dana Němcová** (\*1934), Psychologin. Bis 1989 engagierte sie sich intensiv in der tschechoslowakischen Bürgerbewegung. Mitunterzeichnerin der Charta 77, Mitbegründerin des VONS (Výbor na obranu nespravedlivě stíhaných – Schutzkomitee zur Unterstützung der rechtswidrig Verfolgten). Im Januar 1989 Sprecherin der Charta 77, dafür kurz inhaftiert, für die Tätigkeit in VONS bereits 1979 bedingt verurteilt. Nach der Wende Abgeordnete zum tschechischen Parlament, ab 1993 Leiterin der tschechischen Beratungszentrale für Immigranten, Vorstandsvorsitzende des “Good-Will-Komitees Olga Havlovas”). Im Dezember 2000 erhielt Nemcova den österreichischen “Mitteleuropäischen Preis”.

**Heinrich Neisser** (\*1936), Studium an der Universität Wien, seit 1989 Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien; seit 1997 Gastprofessor an der Universität Innsbruck; seit 1999 Inhaber eines Jean Monnet-Lehrstuhles für europäische Integration an der Universität Innsbruck. Vorsitzender des Kuratoriums des Instituts für Höhere Studien in Wien. Veröffentlichungen u.a. zu Menschenrechten, der Politik der Europäischen Union und zur österreichischen Politik.

Herausgeber: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten,  
Kulturpolitische Sektion  
Redaktion: Reg.Rat Christine Dollinger, Mag. Tobias Gamper